



LANDKREISTAG KOMPAKT

Mitteilungen des Bayerischen Landkreistags

Ausgabe Nr. 1/2026



Die letzte Präsidiumssitzung des Jahres fand traditionell in der Bayerischen Landesbank statt. Gero Bergmann, Mitglied des Vorstands der BayernLB, gab einen aktuellen Überblick zu den Geschäftsentwicklungen der Bank und präsentierte dabei Themen wie den Wohnimmobilienmarkt, die kommunale Transformationsfinanzierung und die Entwicklungen in Bayern.

(V.l.: Gero Bergmann, Mitglied des Vorstands der BayernLB, Andrea Degl, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags, Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags, und Roland Reichert, Leiter Bereich Sparkassen & Finanzinstitutionen der BayernLB)

Stark, handlungsfähig, resilient, unverzichtbar – Landkreise für die Bürgerinnen und Bürger S. 6

Zwischen Transformation und Standorttreue: Wie Bayerns Regionen wettbewerbsfähig bleiben S. 10

Kulturdialog neu gedacht: Der Kulturatlas Bayern verbindet Land, Kommune und Kulturschaffende S. 16



Editorial	4
------------------	---

Aktuell

Stark, handlungsfähig, resilient, unverzichtbar – Landkreise für die Bürgerinnen und Bürger (von Landrat Thomas Karmasin, Präsident des Bayerischen Landkreistags)	6
Parlamentarisches Frühstück in Brüssel	9
Zwischen Transformation und Standorttreue: Wie Bayerns Regionen wettbewerbsfähig bleiben (Interview mit Bertram Brossardt, Hauptgeschäftsführer vbw – Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft e. V.)	10
Starke Netzwerke für eine würdige Begleitung am Lebensende – Kommunales Engagement macht den Unterschied	13
Kulturdialog neu gedacht: Der Kulturatlas Bayern verbindet Land, Kommune und Kulturschaffende	16
Schlachttier- und Fleischuntersuchung sichern – praxisnahe Lösungen!	18

Verbandspolitik kompakt – Fokus Fachausschüsse

Ohne starke Landkreise gibt es keine starke Zukunft	20
Krisenresiliente Landkreise – Verantwortung übernehmen, Versorgung sichern, Zukunft gestalten	22
Kommunale Selbstverwaltung als Fundament politischer Stabilität	24
Bayerns Landkreise als Motor der Wirtschaft in turbulenten Zeiten	27
Klimaresilienz und Energiewende als Standortfaktor: Wie die Landkreise unsere Zukunft gestalten	30

Faktenflash aus den Bezirksverbänden

Oberbayern	33
Niederbayern	34
Oberpfalz	35
Oberfranken	36
Mittelfranken	37
Unterfranken	38
Schwaben	39



Aus den Landkreisen

Feier zum Start des Alpenbusses – Ministerpräsident, Landtagspräsidentin und Verkehrsminister setzen mit Landräten und Abgeordneten ein Zeichen für den ÖPNV entlang der Alpen	40
Bevölkerungsschutz-Übung der Gemeinden Ampfing und Mettenheim – Landrat Max Heimerl: „Die Übung hat gezeigt, wie wichtig gute Vorbereitung, funktionierende Kommunikationswege und belastbare Notfallstrukturen sind.“	43
Landrat Sailer: „Wir brauchen ein Hochwasserschutz-Gesamtkonzept. Der Freistaat muss endlich handeln“	45
Regionale Zukunftsstrategie: „Aufbruch jetzt! Niederbayern“	46
Arbeitsmarktintegration als Chance: Wie der Joblotse Brücken baut ...	47
Erstes Treffen des Unterfränkischen Weiterbildungsverbundes Pädiatrie: Mehr Kinder- und Jugendärzte für Unterfranken gewinnen	49
„Einfach machen“ – Landrat Ben Schwarz bekommt auf dem Deutschen Schulträgerkongress in Düsseldorf viel Lob für seine Beiträge	50
Heimat nachhaltig fördern – Jugendliche gestalten bei „Sag wAS“ ihre Zukunft in Ammerthal	52
Personalien	54

Impressum:

Herausgeber:

Bayerischer Landkreistag
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München
Telefon (089) 286615-0
Telefax (089) 282821
info@bay-landkreistag.de
www.bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:

Andrea Degl
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landtags
Sarah Honold
Presse- und Öffentlichkeitsarbeit



natureOffice.com/DE-077-953312

Druckerei Schmerbeck GmbH
Gutenbergstraße 12
84184 Tiefenbach

Aufgaben und Chancen nach der Kommunalwahl

Liebe Leserinnen und Leser,

die Kommunalwahl am 8. März stellt die Weichen für die neue Wahlperiode für die bayerischen Landkreise – ein besonderer Moment nicht nur für die Bürgerinnen und Bürger, sondern auch für den Bayerischen Landkreistag. Die bisherigen Amtsinhaberinnen und Amtsinhaber haben in den vergangenen Jahren eine sehr engagierte und erfolgreiche Arbeit geleistet. Auf dieser bewährten Grundlage wird die kommende Wahlperiode die kontinuierliche Weiterentwicklung der Landkreise sichern und die Leistungsfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltung weiter stärken.

Unsere Landkreise sind stark, handlungsfähig und unverzichtbar für die Menschen vor Ort. Sie gestalten unsere Regionen aktiv, sichern Versorgung, treiben Innovationen voran und schaffen Lebensqualität. Auch in den kommenden Jahren stehen u.a. folgende zentrale Aufgaben im Mittelpunkt:

- Finanzielle Stabilität sichern
- Bürokratie abbauen und Handlungsspielräume erweitern
- Gesundheitsversorgung sichern
- Kommunale Demokratie stärken

Die Ausschüsse des Bayerischen Landkreistags als Brücke

In den vergangenen Jahren haben die Landkreise bewiesen, dass sie Krisen resilient bewältigen, innovative Lösungen entwickeln und die Lebensqualität der Menschen vor Ort steigern. Auf Verbandsebene kommt den Ausschüssen des Bayerischen Landkreistags eine zentrale Rolle zu: Sie bündeln die Erfahrungen der Landkreise, entwickeln politische Positionen, koordinieren gemeinsame Projekte und unterstützen die Landräte sowie das Präsidium des Bayerischen Landkreistags in ihren Aufgaben. Sie stärken damit die Handlungskraft der Landkreise und sorgen dafür, dass lokale Erfahrungen und innovative Ansätze auf Landesebene Gehör finden. Lesen Sie ab Seite 20 mehr über die Arbeit unserer Ausschüsse.



Andrea Degl
**Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags**

Starke Projekte, die Mut machen

Unsere Landkreise setzen ihre Aufgaben mit Engagement, Kreativität und Tatkraft um. Ob Mobilität und ÖPNV, Klimaschutz, Katastrophen- und Bevölkerungsschutz, Fachkräfteförderung, Digitalisierung oder Bildungs- und Jugendprojekte – sie handeln immer im Sinne der Menschen vor Ort. Die Initiativen ab Seite 40 zeigen, dass Landkreise nicht nur Verwaltungsbehörden sind, sondern echte Gestalterinnen und Gestalter lebenswerter Regionen.

Blick nach vorn

Liebe Leserinnen und Leser,

die bevorstehende Kommunalwahl eröffnet die Chance, die erfolgreiche Arbeit der Landkreise fortzuführen und ihre bewährten Strukturen zu stärken. Gleichzeitig bietet sie die Möglichkeit, neue Ideen aufzugreifen, innovative Projekte weiterzuentwickeln und die Regionen noch lebenswerter zu gestalten. Mit Herz, Tatkraft und enger Zusammenarbeit werden die Landkreise auch 2026 und darüber hinaus lebendige, resiliente und zukunftsfähige Räume bleiben – Räume, in denen Bürgerinnen und Bürger Vertrauen, Sicherheit und Gestaltungsmöglichkeiten erfahren.



Unsere Landkreise sind Motoren für Fortschritt, Rückgrat der Versorgung und Gestalter lebenswerter Regionen. Jede Investition in Infrastruktur, Bildung, Digitalisierung oder soziale Projekte trägt unmittelbar dazu bei, dass die Menschen vor Ort gut leben können. Die Landkreise zeigen, dass verantwortungsvolle Verwaltung, Innovation und bürgerschaftliches Engagement Hand in Hand gehen können.

Der Bayerische Landkreistag wird die Landkreise auch weiterhin tatkräftig unterstützen, damit sie ihre Aufgaben effizient, zukunftsorientiert und bürgernah erfüllen können. So wird auch die kommende Wahlperiode auf

der bewährten Arbeit unserer Landrättinnen und Landräte aufbauen und die kontinuierliche Weiterentwicklung der Landkreise sichern. Es bleibt das Ziel, die Regionen stark, lebendig und zukunftsfähig zu erhalten und weiter zu gestalten – für heute und für die kommenden Generationen.

Ihre

Andrea Degl

Stark, handlungsfähig, resilient, unverzichtbar – Landkreise für die Bürgerinnen und Bürger



Von Landrat Thomas Karmasin, Fürstenfeldbruck,
Präsident des Bayerischen Landkreistags

Die vergangenen sechs Jahre haben die bayerischen Landkreise auf eine harte Probe gestellt: Pandemie, Energiekrise, steigende Sozialausgaben, Flüchtlingswelle, Krankenhausmisere und zahlreiche komplexe wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Herausforderungen haben deutlich gemacht, wie wichtig starke Landkreise vor Ort sind. Trotz dieser Belastungen ist es gelungen, Lebensqualität, Sicherheit und Zusammenhalt zu gewährleisten.

Der Bayerische Landkreistag ist dabei ein verlässlicher Anker für überparteiliches Handeln, gegenseitiges Vertrauen und konstruktive Zusammenarbeit. Gerade in bewegten Zeiten zeigt sich, wie wertvoll dieser Schulterschluss ist: Er stärkt die Landkreise, ermöglicht den Austausch bewährter Lösungen und gibt Orientierung bei der Bewältigung gemeinsamer Aufgaben – zum Wohl der Bürgerinnen und Bürger.

Mit der Kommunalwahl am 8. März beginnt eine neue Gestaltungsphase. Die kommenden sechs Jahre werden erneut anspruchsvoll: Finanzielle Stabilität, wirtschaftliche Entwicklung, Gesundheitsversorgung, soziale Sicherheit, Bürokratieabbau und Digitalisierung werden die Agenda bestimmen. Diese Herausforderungen sind groß, aber sie sind bewältigbar – mit Engagement vor Ort, Zusammenhalt innerhalb der kommunalen Familie und der starken Stimme des Bayerischen Landkreistags.

Finanzielle Stabilität: Voraussetzung für Handlungskraft

Die finanziellen Rahmenbedingungen der Landkreise waren noch nie so herausfordernd wie heute. Die Ausgaben – insbesondere im sozialen Bereich – steigen deutlich schneller als die Einnahmen. Das erzeugt Druck auf die Haushalte und engt die Handlungsspielräume für notwendige Investitionen massiv ein.

Die kurzfristigen Entlastungen durch den jüngsten Kommunalen Finanzausgleich (FAG) waren ein erster Schritt. Die Bayerische Staatsregierung hat damit gezeigt, dass die Not der Kommunen erkannt wird. Doch das Kernproblem bleibt bestehen: hohe, dynamisch steigende Sozialausgaben und immer neue Standards, die vor allem der Bund beschlossen hatte – ohne die Finanzierung sicherzustellen. Der Bund ist zu lange mit der EC-Karte der Kommunen einkaufen gegangen.

Für die nächsten sechs Jahre brauchen die Landkreise dauerhafte Planungssicherheit und Verlässlichkeit. Neue Aufgaben dürfen nicht ohne gesicherte Finanzierung übertragen werden. Nur mit strukturellen Reformen auf Bundesebene, fairen Finanzbeziehungen und flexibler Mittelverwendung können Investitionen in Bildung, Infrastruktur und Daseinsvorsorge langfristig gesichert werden. Finanzielle Stabilität ist kein Selbstzweck – sie ist die Grundlage dafür, dass Landkreise Verantwortung übernehmen können und handlungsfähig bleiben.

Finanzielle Stabilität

Herausforderung: Die Ausgaben steigen insbesondere in sozialen Bereichen schneller als die Einnahmen
– Handlungsspielräume sind begrenzt.

Erreicht in den letzten Jahren:

- Erhöhung des kommunalen Steueranteils
- Mittel aus Sondervermögen für Infrastrukturprojekte
- Abfederung steigender Bezirksumlagen

Ziel: Klare Aufgaben- und Finanzierungsverteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen für langfristige Planung und Investitionen



Soziale Sicherheit braucht Reformen

Ohne eine ehrliche und strukturelle Reform des Sozialstaates werden wir die Ausgabenlawine nicht stoppen können. Es gilt zu diskutieren: Welche Sozialleistungen sind dauerhaft notwendig, um den sozialen Zusammenhalt zu sichern? Welche Regelungen sind in ihrer heutigen Ausgestaltung langfristig nicht finanzierbar? Ziel soll nicht sein, Menschen Leistungen zu entziehen, sondern vorhandene Mittel wirksamer und effizienter einzusetzen. Statt komplizierter Einzelfallregelungen können sich einfache, pauschalierte Unterstützungsleistungen anbieten.

Bürokratieabbau & Handlungsspielräume

Herausforderung: Komplexe Vorschriften hemmen Innovation und Entscheidungen vor Ort.

Erfolge:

- Vereinfachung von Förderprogrammen
- Digitale Verwaltungsprozesse

Ziel: Effiziente Verwaltung, Innovationskraft und demokratische Teilhabe sichern.

Die Kommunen brauchen echte Entlastung bei Sozialausgaben, Abbau überflüssiger Bürokratie und unnötiger Standards. Bund und Land stehen in der Pflicht. Wer unsere Solidarität braucht, wird sie weiter uneingeschränkt bekommen. Aber es muss effizienter gehandelt werden, damit der Sozialstaat dauerhaft handlungsfähig bleibt.

Bürokratieabbau: Mehr Handlungsspielräume für Kommunen

Überregulierung hemmt Innovation, verlangsamt Verwaltung und belastet Bürgerinnen und Bürger. Digitale Werkzeuge und vereinfachte Förderprozesse werden hier bald Erfolge bringen.

Die Landkreise brauchen mehr Entscheidungsspielräume, weniger Detailvorgaben und klarere Zuständigkeiten. Nur so können sie Aufgaben effizient, bürgerlich und eigenverantwortlich erfüllen – ohne durch Regelungsdichte ausgebremst zu werden.

Gesundheitsversorgung als entscheidender Standortfaktor

Eine verlässliche und flächendeckende Gesundheitsversorgung ist zentral für die Lebensqualität und die Attraktivität der bayerischen Landkreise. Ausreichend Krankenhäuser, Haus- und Fachärzte, Rettungsdienste und innovative Versorgungsstrukturen sind entscheidend. In den vergangenen Jahren wurden regionale Versorgungsverbünde aufgebaut, neue Krankenhausstrukturen geplant und sektorübergreifende Gesundheitszentren entwickelt, um medizinische Leistungen effizient, sicher und bürgernah zu gestalten – auch in entlegenen Landkreisen.

Die Situation der Kliniken verschärft sich jedoch immer weiter. Unterfinanzierung gefährdet zentrale Leistungen und erhöht Insolvenzrisiken, besonders auf dem Land, wodurch die Versorgung direkt für Patientinnen und Patienten beeinträchtigt wird. Ziel des Bayerischen Landtags ist eine verlässliche Absicherung der Kliniken, unter anderem durch eine Steigerung des Landesbasisfallwerts, um die Belastungen auszugleichen, die durch die Bundespolitik verursacht werden. Nur wenn Bund und Land endlich ihre Verantwortung anerkennen und strukturell mittragen, kann eine flächendeckende, hochwertige Versorgung vor Ort langfristig gesichert werden.

Gesundheitsversorgung als Standortfaktor

Problem: In ländlichen Regionen sind Erreichbarkeit von Krankenhäusern, Haus- und Fachärzten sowie Rettungsdiensten entscheidend für Lebensqualität und Fachkräftebindung.

Fortschritte:

- Regionale Versorgungsverbünde
- Sektorübergreifende Gesundheitszentren
- Innovative Strukturen für Notfall- und Pflegeversorgung

Ziel: Medizinische Leistungen effizient, sicher und bürgernah gestalten.



„Wirtschaft ist nicht alles, aber ohne Wirtschaft ist alles nichts“

Demografischer Wandel, Fachkräftemangel, Energiepreise, Digitalisierung und geopolitische Risiken setzen die bayerische Wirtschaft unter Druck. Landkreise sind strategische Partner: Sie begleiten Investitionen, erleichtern Fachkräfteintegration und sichern zukunfts-fähige Branchen.

Unternehmen brauchen weiterhin schnelle Genehmigungen, stabile Rahmenbedingungen und regionale Netzwerke. Landkreise werden aktiv unterstützen, um Wettbewerbsfähigkeit und Lebensqualität zu sichern.

Krisenresilienz, Infrastruktur und Bildung: Die Basis für die Zukunft

Die Landkreise haben in Krisenzeiten Flexibilität bewiesen – von Notversorgung über digitale Verwaltungsprozesse bis zu Energieprojekten. Infrastrukturinvestitionen in Glasfaser, Straßen, ÖPNV, Energie- und Wassernetze sichern Lebensqualität, Wirtschaftskraft und Fachkräftebindung.

Strategische Planung, digitale Werkzeuge und Kooperation mit Bund und Land sind entscheidend, um Regionen zukunfts-fähig und resilient zu machen.

Kooperation, Vernetzung und Innovation

Zukunftssicherung gelingt nur gemeinsam. Netzwerke, Best-Practice-Sharing und digitale Innovationen stärken Effizienz, Vertrauen und die lokale Demokratie. Die Landkreise werden die verbindende Kraft bleiben – für Lösungen, für Fortschritt, für die Bürgerinnen und Bürger.

Integration und Migration als dauerhafte Aufgabe

Auch wenn in Bayern die Landkreise nicht mehr im „Notfallmodus“ sind – eine flächendeckende Entwurfung wäre falsch. Der Wohnungsmarkt bleibt – selbst im ländlichen Raum – extrem angespannt. Auch mit leicht rückläufigen Zu wanderungszahlen bleibt die Bewältigung der Folgen der Migrationskrise eine zentrale Aufgabe der Landkreise. Sie müssen sicherstellen, dass Menschen Zugang zu Bildung, Arbeit, Sprachförderung und gesellschaftlicher Teilhabe erhalten.

Der vom Bundesinnenminister eingeschlagene Kurs einer Reduzierung des Zustroms von Flüchtlingen muss

unbedingt beibehalten und fortgeführt werden. Kommunen können nur integrieren, was sie auch tatsächlich verkraften können. Die Politik muss das kommunale Limit weiterhin ernst nehmen. Migration ist eine Chance – aber nur, wenn Integration gelingt.

In den kommenden sechs Jahren wird es entscheidend sein, Integration effektiv, praxisnah und nachhaltig umzusetzen. Prozesse müssen beschleunigt, Ressourcen effizient eingesetzt und Kooperationen gestärkt werden – ohne die Verantwortung allein den Kommunen aufzubürden. Nur wenn Bund, Land, Wirtschaft und Zivilgesellschaft partnerschaftlich zusammenarbeiten, können Integration und gesellschaftlicher Zusammenhalt langfristig gelingen.

Kommunale Verantwortung als Motor für Fortschritt

Wir stehen vor enormen Herausforderungen: steigende Sozialausgaben, Fachkräftemangel, die Sicherung unserer Krankenhäuser, Integration und Wohnraumversorgung, Digitalisierung und Bürokratieabbau.

Um diese Aufgaben zu meistern, brauchen wir Zusammenspiel, Kooperation und klare Prioritäten. Landkreise müssen gestärkt, ihre Handlungsspielräume gesichert und Entscheidungen dort getroffen werden, wo sie die Menschen direkt betreffen – vor Ort, in den Landkreisen, Städten und Gemeinden.

In den vergangenen Jahren haben die bayerischen Landkreise einmal mehr gezeigt, dass sie handlungsfähig, kreativ und resilient sind. Krisen wurden gemeistert, soziale Strukturen stabilisiert und Regionen lebenswert und zukunfts-fähig gestaltet. Das ist auch die Basis für die nächsten 6 Jahre – mit klugen Lösungen, innovativen Ansätzen und einer Politik, die den Zusammenhalt, die Lebensqualität und die Wettbewerbsfähigkeit unserer Regionen in den Mittelpunkt stellt.

Die Verantwortung liegt bei allen: Landkreise, Kommunen, Bund, Länder, Wirtschaft und Zivilgesellschaft müssen gemeinsam handeln, Ressourcen effizient nutzen und Strukturen so gestalten, dass unsere Regionen auch in Zukunft stark, lebendig und lebenswert bleiben. Nur durch gemeinsames Handeln können wir die Herausforderungen bewältigen und die Zukunft unserer Landkreise nachhaltig sichern.



Parlamentarisches Frühstück in Brüssel

Starke Kommunen für Europas Circular Economy Act

Bei einem Parlamentarischen Frühstück in Brüssel am 3. Dezember standen die Herausforderungen und Chancen der europäischen Kreislaufwirtschaft im Mittelpunkt – mit besonderem Augenmerk auf die Rolle der Kommunen. Die Veranstaltung wurde gemeinsam organisiert vom Europabüro der bayerischen Kommunen, dem Europabüro der baden-württembergischen Kommunen, der Gastgeberin Christine Singer, MdEP, sowie dem VKU – Verband kommunaler Unternehmen e.V.

Die zentrale Frage: Wie gelingt Kreislaufwirtschaft vor Ort?

Im Zentrum der Diskussion stand eine entscheidende Frage: **Wie kann Europa ein Kreislaufwirtschaftssystem gestalten, das die kommunale Selbstverwaltung wahrt, ökologisch ambitioniert bleibt, wirtschaftlich tragfähig und in der Praxis umsetzbar ist?**

Denn eines ist klar: Eine erfolgreiche Transformation hin zu einer echten europäischen Kreislaufwirtschaft entscheidet sich vor allem in den Kommunen. Ohne starke, verlässliche öffentlich-rechtliche Entsorgungs-träger wird der geplante **Circular Economy Act** nicht funktionieren.

Landrat Thomas Ebeling als Stimme der Praxis

Landrat Thomas Ebeling, Schwandorf, Vorsitzender des ZMS Schwandorf, brachte mit seiner langjährigen Erfahrung in der kommunalen Abfallwirtschaft die Perspektive der Praxis überzeugend ein. Seine Kernbotschaft: **Europa braucht starke Kommunen, um Kreislaufwirtschaft effektiv umzusetzen.** Unterstützt wurde der Austausch unter anderem von **Christian Doleschal, MdEP**, der die zentrale Bedeutung stabiler kommunaler Strukturen für das europäische Kreislaufwirtschaftssystem hervorhob. Gemeinsam mit weiteren Expertinnen und Experten aus Kommunen, Verbänden und Fachinstitutionen wurde deutlich, dass die Praxis vor Ort unverzichtbar ist, um ambitionierte EU-Vorgaben realistisch und umsetzbar zu gestalten.

Dialog mit Entscheidungsträgern der EU

Im Anschluss hatten die kommunalen Fachexperten Gelegenheit, ihre Perspektiven direkt an die EU-Entscheidungsträger zu bringen – darunter **Jan Ceyssens** (Kabinett der EU-Umweltkommissarin Roswall) und **Lawrence Cappelle** (DG CLIMA). Dabei wurde insbesondere die Bedeutung praxisnaher Regelungen, fairer Wettbewerbsbedingungen und klarer Vorgaben zur Herstellerverantwortung betont.

Zentrale Botschaften aus dem Austausch

- **Kommunale Verantwortung stärken:** Rückgrat stabiler und krisenfester Entsorgungsstrukturen
- **Thermische Abfallbehandlung realistisch einordnen:** Strategische Ressource für Energie und Rohstoffe
- **Herstellerverantwortung klar definieren:** Finanzielle Vollständigkeit bei gleichzeitiger operativer Umsetzung vor Ort



V.l.: Landrat Thomas Ebeling, Schwandorf, Dr. Holger Thärichen, Hauptgeschäftsführer VKU, Christine Singer, MdEP, Gangolf Wasmeier, Geschäftsführer ZAW Straubing, Dr. Christian Hofer, Direktor beim Bayerischen Landkreistag

- **Verbindliche europäische Produktstandards:** Voraussetzung für echte Kreisläufe
- **CO₂-Reduktion durch Deponierungsverbote:** Schnell wirksame Maßnahme für Klimaschutz
- **Fairen Wettbewerb sichern:** Verhinderung der Umgehung europäischer Standards durch Billigimporte
- **Praxisnähe der EU-Ziele sicherstellen:** Realistische Vorgaben, die Effizienz und Umsetzbarkeit vor Ort gewährleisten

Fazit

Das Parlamentarische Frühstück in Brüssel zeigte eindrücklich: **Kommunale Expertise ist unverzichtbar für den Erfolg der europäischen Kreislaufwirtschaft.** Starke Kommunen sind die Basis für ein starkes Europa – auch und gerade in Zeiten der Transformation hin zu einer nachhaltigen und zukunftsfähigen Kreislaufwirtschaft.

Zwischen Transformation und Standorttreue: Wie Bayerns Regionen wettbewerbsfähig bleiben



Interview mit
Bertram Brossardt,
Hauptgeschäftsführer vbw –
Vereinigung der Bayerischen
Wirtschaft e. V.

STANDORTFAKTOREN & RAHMENBEDINGUNGEN

1. Welche Standortbedingungen müssen Kommunen schaffen, damit Unternehmen langfristig investieren können?

Standortqualität hat viele Facetten und hängt auch von der Größe ab: Wichtig sind für Kommunen eine stabile Energieversorgung, bedarfsgerechte Mobilitätsangebote, hoch leistungsfähige digitale Netze, eine effektive Verwaltung und hervorragende Bildungsinstitutionen. Ebenfalls von großer Bedeutung sind flexible Betreuungsangebote für Kinder und ältere Menschen sowie eine gute, wohnortnahe Gesundheitsversorgung. Zentral ist aber insgesamt eine grundsätzlich wirtschaftsfreundliche Ausrichtung der Kommune: Sie muss sich als verlässlicher Partner der Unternehmen vor Ort verstehen.

2. Wo sehen Sie die größten Chancen für wirtschaftliche Dynamik in den nächsten sechs Jahren?

Natürlich gibt es Bereiche – wie unter anderem die Tech- und Start-up-Branche – von denen wir uns aufgrund deren innovativen Charakters und der rasanten technologischen Entwicklung hohe wirtschaftliche Dynamik erhoffen. Gleichzeitig muss uns daran gelegen sein, unseren Standort branchenübergreifend fit zu machen. Unser großes Plus in Bayern ist die breite und vielfältige Wertschöpfungskette. Dafür müssen wir endlich unsere strukturellen Standortprobleme, wie etwa eine grundlegende Reform der Sozialversicherungssysteme oder den Bürokratieabbau, angehen.

3. Wie können Landkreise die Innovationskraft von Mittelstand und Handwerk stärken?

Landkreise haben vielfältige Möglichkeiten – etwa über digitale Vernetzungsstrategien, Innovationsmessen, Innovationspreise, die Unterstützung von Zentren für Gründer und Wissenstransfer oder die Zulassung innovativer Nebenangebote bei öffentlichen Ausschreibungen. Vor allem aber können sie Unternehmen, die für innovative Vorhaben auf öffentliche Genehmigungen angewiesen sind, den Gang durch die Behördenlandschaft so leicht wie möglich machen.

4. Wo hemmen staatliche Vorgaben oder fehlende Freiräume die wirtschaftliche Entwicklung?

Neben der Kostenproblematik am Standort werden unsere Betriebe von der überbordenden Bürokratie er-



drückt. Statt sich um das eigentliche Geschäft, um Investitionen und Innovationen zu kümmern, müssen sich die Betriebe um die Bewältigung der Bürokratie kümmern. Das kostet uns auf lange Sicht erheblichen wirtschaftlichen Wohlstand.

INFRASTRUKTUR ALS WIRTSCHAFTSGRUNDLAGE

1. Wie wichtig sind schnelle Verwaltungsentscheidungen – etwa bei Baugenehmigungen, Gewerbeflächen oder Förderanträgen – für die Wirtschaft vor Ort? Wo gibt es Herausforderungen?

Schnelle und verlässliche Entscheidungen der Anliegen der Unternehmen sind der Kern guter kommunaler Wirtschaftspolitik. Dazu will ich drei Punkte herausgreifen: Erstens müssen Anliegen, die die wirtschaftlichen Perspektiven vor Ort betreffen, in den Verwaltungen prioritätär behandelt werden. Zweitens muss alles digitalisiert werden, was sich digitalisieren lässt – und zwar ohne Medienbrüche. Drittens müssen Kommunen, die durch den Ende Oktober verabschiedeten „Bauturbo“ ermöglichten erweiterten Handlungsspielräume nutzen, um die Bautätigkeit anzuregen und Wohnraum zu schaffen.

2. Welche Investitionen in Verkehr, Digitalisierung oder Energieversorgung sind für Unternehmen am dringendsten?

Die bedarfsgerechte Entwicklung der Infrastruktur ist überall geboten. Beim Thema Verkehr geht es zum Beispiel um ein dichtes Netz an (Schnell-)Ladesäulen und Wasserstofftankstellen auch für Nutzfahrzeuge oder den Nordzulauf zum Brenner-Basistunnel. Bei den digitalen Netzen muss ein flächendeckendes Glasfaser-Netz geschaffen werden, gleiches gilt für das 5G-Netz. Für unsere Energieversorgung müssen unter anderem Erneuerbare Energien, Übertragungsleitungen und Verteilernetz mit Hochdruck weiter ausgebaut werden.

3. Schaffen die Landkreise ausreichend planbare Entwicklungsflächen für Betriebe?

Zunächst ist das Aufgabe der Gemeinden, die von den Landkreisen dabei bestmöglich unterstützt werden sollten. Heute geht es auch nicht mehr darum, ob Flächen da sind, sondern auch darum, ob sie ange-sichts der massiven Veränderungen, die Unternehmen durchmachen, immer wieder neu genutzt werden können. Ich gehe davon, dass die Landkreise das sehr konstruktiv begleiten, und dass sie die öffentliche Auf-

merksamkeit, die der Kommunalwahlkampf mit sich bringt, nutzen, um ihre entsprechenden Ziele und Erfolge zu vermitteln.

ARBEIT & FACHKRÄFTE

1. Was brauchen Unternehmen von Schulen, Berufsschulen und Hochschulen?

Unsere Unternehmen wissen, die Heranwachsenden von heute sind die Arbeits- und Fachkräfte von morgen. Mit Blick auf den demografischen Wandel sind wir auf gut qualifizierte Fachkräfte zukünftig noch mehr angewiesen. Bildungseinrichtungen müssen gemeinsam dafür sorgen, dass kein Talent verloren geht. Richtschnur allen Handelns muss mehr Bildungsqualität, Partizipationsgerechtigkeit und Bildungsbeteiligung sein. Dafür investieren wir seit mehr als 20 Jahren massiv in unsere breit angelegten Projektaktivitäten von der (Vor-)Schule bis zur Hochschule, wie z.B. in der Stiftung Bildungspakt Bayern.

KRISENFESTIGKEIT & RESILIENZ

1. Welche Lehren ziehen wir aus den Krisenjahren für die wirtschaftliche Stabilität der Regionen?

Die großen Krisen der vergangenen Jahre haben uns deutlich gemacht, dass wir unsere Hausaufgaben in der Standortpolitik nicht auf die lange Bank schieben dürfen. Jetzt holen uns die Versäumnisse der Vergangenheit auf schmerzhafte Weise ein. Zudem dürfen wir uns im Außenwirtschaftsbereich nicht zu abhängig von einzelnen Wirtschaftsräumen machen. Und letztendlich kommt es darauf an, für solide Finanzen zu sorgen, um auch in Krisenzeiten handlungsfähig zu bleiben. Das gilt für Kommunen, Staatsregierung und Bund.

2. Wie können Landkreise und Betriebe gemeinsam die Versorgungssicherheit (Energie, Personal, Lieferketten) stärken?

Die Versorgungssicherheit hängt maßgeblich von einer leistungsfähigen Infrastruktur ab. Das gilt für den Personen- und Gütertransport, wie beispielsweise Straße und Schiene, genauso wie für die Erzeugung, den Transport und die Speicherung von Energie. Entscheidend ist hier eine enge, regelmäßige Abstimmung, damit die Planungen auf betrieblicher und auf kommunaler Ebene optimal ineinander greifen.



3. Wie lässt sich Bürokratie abbauen, ohne Sicherheit und Qualität zu verlieren?

Unsere ‚Made in Germany‘-Produkte genießen weltweit einen Spitzensruf aufgrund unserer hohen Standards. In den letzten Jahren wurden aber immer mehr bürokratische Regeln geschaffen, die gar nicht auf Sicherheit und Qualität einzahlen, oft eine Mehrfach erfassung von Daten erfordern und sich teilweise mit bestehenden Regeln überlappen. Das Regelwirrwarr führt dazu, dass weniger in die Weiterentwicklung der Produkte investiert werden kann. Es geht um eine Zurückführung auf das Wesentliche. Auch die Digitalisierung der Verwaltung wird einen großen Beitrag zum Abbau bürokratischer Lasten leisten.

TRANSFORMATION & INNOVATION

1. Welche Branchen sind aktuell besonders relevant, welche im Wandel begriffen?

Bayern ist traditionell ein Industrieland, der Industrie- Anteil an der Wertschöpfung beträgt derzeit 23 Prozent. Das Herz der Industrie ist die Metall- und Elektro-Industrie. Die Industrie ist deshalb so wichtig, weil sie auch in anderen Branchen für Wachstum und Beschäftigung sorgt. Zugleich ist sie besonders von der Transformation und dem technologischen Wandel betroffen. Hier profitiert sie aber wiederum von denen, die die Transformationsprozesse begleiten, z.B. die Start-Ups oder Tech-Unternehmen. Letztendlich müssen aber alle Branchen den Wandel aktiv annehmen und nutzen.

2. Wie können Arbeitsplätze gesichert und neue Perspektiven geschaffen werden?

Indem wir unseren Standort wieder attraktiv machen und es den Unternehmen ermöglichen, im Inland erfolgreich zu produzieren. Nur mit wettbewerbsfähigen Rahmenbedingungen können die Firmen Arbeitsplätze erhalten und unseren Wohlstand sichern. Gleichzeitig müssen wir in Schlüsseltechnologien, wie die Künstliche Intelligenz, investieren, um im Rennen um die globale Technologieführerschaft die Nase vorne zu haben. So schaffen wir langfristig viele neue und vor allem zukunftsfeeste Arbeitsplätze.

3. Welche Chancen sehen Sie durch Digitalisierung, KI, Energiewende oder neue Produktionsformen?

Die Wirtschaft durchlebt derzeit mehrere fundamentale Umbrüche gleichzeitig. Der Megatrend Digitalisierung und die Anwendungen aus dem KI-Bereich schaffen in allen Bereichen neue Potenziale, etwa durch wesentlich höhere Effizienz und zuverlässigere Prognosen. Ob dort, in der Energiewende oder bei den Produktionstechnologien: Bayerns Unternehmen und Forschungseinrichtungen verfügen über große technologische Kompetenzen. Es muss uns gelingen, diese auch tatsächlich in erfolgreiche Anwendungen zu überführen. Mit der Hightech Agenda Bayern hat sich der Freistaat auf einen guten Weg gemacht.

4. Welche Rolle spielen kommunale Unternehmen (z.B. Kreiswerke, Energieversorger) in der Transformation?

Sie spielen beispielsweise bei der Wärmewende eine entscheidende Rolle. Von ihren Planungen hängt vielfach ab, worauf sich Unternehmen und Privathaushalte einstellen können. Generell gilt es allerdings, darauf zu achten, dass kommunale Wirtschaftsunternehmen die Privatwirtschaft ergänzen, nicht aber verdrängen.

5. Wie gelingt die Balance zwischen Klimaschutz, Flächenverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung?

Es ist positiv, dass Bayern auf ein hartes Flächensparziel verzichtet und einen geringeren Flächenverbrauch vor allem durch mehr Verdichtung, bessere Planungsinstrumente und professionelles Flächenmanagement erreichen will. Ein nachhaltiger Umgang mit Flächen lässt sich nur mit Flächeneffizienzpolitik erreichen, durch einen stärkeren Einsatz digitaler Instrumente und Änderungen bei den rechtlichen Rahmenbedingungen, um Mehrfachnutzungen, Nachnutzungen und Entwicklungen in die Höhe und Tiefe zu erleichtern.

KOOPERATION WIRTSCHAFT-LANDKREISE

1. Wo funktioniert das Zusammenspiel zwischen Kommunen und Wirtschaft bereits gut – und wo braucht es Verbesserungen?

In der überwiegenden Zahl der 2.056 bayerischen Kommunen ist die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft gut. Hier findet ein laufender Austausch darüber statt, wie die lokalen Standortbedingungen zum Wohl der Unternehmen und ihrer Mitarbeiter verbessert werden können. Der unternehmerische Erfolg zahlt sich dann ja auch für die Heimatgemeinden aus.



2. Wie können Landkreise, Gemeinden und Unternehmen enger zusammenarbeiten?

Der Erfolg hängt von den Akteuren vor Ort ab und dieses Zusammenspiel läuft erfreulicherweise vielfach gut. Wichtig ist und bleibt ein regelmäßiger Austausch über die notwendige Weiterentwicklung der Standortqualität, und zwar für die Unternehmen selbst wie für deren Mitarbeiter, auf die die Unternehmen angewiesen sind.

3. Welche Erwartungen haben Sie an den Bund und an den Freistaat, damit diese Kooperationen gestärkt werden?

Wir brauchen insgesamt bessere Rahmenbedingungen und die Möglichkeit, wichtige Projekte schneller umsetzen zu können. Dazu gehören neben verlässlichen Finanzierungszusagen, auf deren Basis Landkreise und Kommunen planen können, vor allem auch weitere Erleichterungen bei Planungs- und Genehmigungsverfahren und konkrete Angebote für digitale Tools, die die Kommunalverwaltungen einsetzen können.

Starke Netzwerke für eine würdige Begleitung am Lebensende – Kommunales Engagement macht den Unterschied

Von Sigrid Altweck, Bayerisches Hospiz- und Palliativbündnis

Die hospizlich-palliative Versorgung stellt sicher, dass schwerstkranken und sterbenden Menschen in ihrer letzten Lebensphase nicht allein gelassen werden, sondern professionelle Begleitung und Fürsorge erfahren. Vernetzung, Wissenstransfer und tragfähige Strukturen sind hierfür die Basis – genau diese schaffen die regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerke.

HINTERGRUND

Mit dem Ziel der Stärkung der Hospiz- und Palliativversorgung in Deutschland hat der Gesetzgeber 2021 durch das Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) die rechtlichen Voraussetzungen in § 39d / SGB V für eine Förderung der Koordination der Aktivitäten in einem regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerk durch eine Netzwerkkoordinatorin / einen Netzwerkkoordinator durch die Krankenkassen geschaffen. Die Förderung ist an die Bedingung geknüpft, dass sich auch Kreise und kreisfreie Städte im Rahmen der ihnen obliegenden Daseinsvorsorge an der Förderung der Netzwerkkoordination in jeweils gleicher Höhe wie die Landesverbände der Krankenkassen und der Ersatzkassen beteiligen.

Rechtliche Grundlage: § 39d SGB V als Meilenstein

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Gesundheitsversorgung (GVWG) hat der Gesetzgeber 2021 die rechtlichen Voraussetzungen für die Förderung der Koordination in regionalen Hospiz- und Palliativnetzwerken geschaffen. § 39d SGB V ermöglicht es, eine Netzwerkkoordinatorin oder einen Netzwerkkoordinator einzusetzen, um die Aktivitäten aller Akteure zu bündeln. Die Finanzierung der Koordinationsstellen erfolgt durch die gesetzlichen Krankenkassen – allerdings unter einer wichtigen Bedingung: Auch Kreise und kreisfreie Städte müssen sich im Rahmen ihrer Daseinsvorsorge in gleicher Höhe wie die Landesverbände der Krankenkassen und Ersatzkassen beteiligen.

Ab Januar 2026: 22 Netzwerke in Bayern gefördert

Ab Januar 2026 werden in Bayern 22 regionale Hospiz- und Palliativnetzwerke nach § 39d SGB V gefördert. Sie stehen für gelebte Fürsorge, professionelle Zusammenarbeit und eine starke regionale Verantwortung. Damit diese Erfolgsgeschichte landesweit weitergeschrieben werden kann, braucht es noch mehr kommunales Engagement. Ein Anstieg der Landkreise und kreisfreien Städte, die das Thema Hospiz- und Palliativversorgung aktiv auf ihre politische Agenda setzen, ist absolut wünschenswert.



AKTUELLE ENTWICKLUNG

Aktuell sind 22 regionale Netzwerke in Bayern nach § 39d SGB V gefördert – sie stehen für gelebte Fürsorge, professionelle Zusammenarbeit und eine starke regionale Verantwortung. Knapp ein Viertel der bayerischen Landkreise und Städte beteiligt sich bereits mit einer Förderung an einer Koordinationsstelle für ein Hospiz- und Palliativnetzwerk. Die Ausgestaltung der Stelle kann hierbei im Umfang variieren, abhängig von der Höhe der kommunalen Fördersumme sowie in Relation zum Beitrag der gesetzlichen Krankenkassen.

Im bundesweiten Vergleich nimmt Bayern eine starke Rolle ein. In den 16 Bundesländern gibt es aktuell 93 geförderte Netzwerke. Bayern bildet mit seinen 22 Netzwerken einen prozentualen Anteil von knapp einem Viertel aller in Deutschland geförderten Netzwerke ab.

Neben den geförderten Netzwerken gibt es eine große Anzahl von ehrenamtlichen Netzwerken, in denen sich Hospiz- und Palliativversorger zusammenschließen und ebenfalls einen sehr relevanten Beitrag leisten.

Eine Qualitätssteigerung der Versorgung durch die Netzwerkarbeit und die positiven Auswirkungen auf die Versorgung in den Regionen ist inzwischen mit Studien belegt.

Ein Anstieg der Kommunen, die das Thema Hospiz- und Palliativversorgung mit der Förderung auf die politische Agenda der Landkreise setzen, ist daher absolut wünschenswert.

Warum kommunale Förderung unverzichtbar ist

Die Netzwerke sind ein zentraler Baustein für eine gute Versorgung am Lebensende. Sie brauchen stabile Rahmenbedingungen, um ihre wichtige Arbeit nachhaltig zu machen und langfristige Wirkung zu erzielen. Kommunales Engagement – Hand in Hand mit den Versorgern vor Ort – schafft dafür eine tragfähige Basis. Jeder Landkreis, der Fördermittel bereitstellt, setzt ein klares Zeichen: Hospiz- und Palliativversorgung ist kein Randthema, sondern Ausdruck einer verantwortungsvollen Daseinsvorsorge.

Praxisvorteile für die Kommunen

Die Beteiligung an einem nach § 39d SGB V geförderten Netzwerk bringt konkrete Vorteile für die regionale Versorgung in den bayerischen Städten und Landkreisen.

Qualität und Versorgungssicherheit

- Gemeinsames Qualitätsverständnis entwickeln: Einheitliche Standards für die Versorgung schaffen Vertrauen und Sicherheit.
- Fortbildungssangebote für Netzwerkpartner etablieren: Wissenstransfer stärkt alle Beteiligten.
- Bedarfsanalyse und Strukturentwicklung: Nicht gedeckte Bedarfe werden identifiziert und passgenaue Versorgungsstrukturen aufgebaut.
- Unnötige Krankenhausaufenthalte vermeiden: Bessere Überleitungen zwischen stationärer und ambulanter Versorgung optimieren Patientenströme.

Grafische Landkarte mit den 22 Netzwerkstandorten der von den bayerischen Kommunen nach §39d/SGB V in 2026 geförderten Netzwerken

Aichach-Friedberg
Augsburg Stadt
Augsburg Landkreis
Bamberg
Berchtesgadener Land
Freising
Fürth
Ingolstadt
Kaufbeuren/Ostallgäu
Landsberg am Lech
Mühldorf a. Inn
München (Landkreis)
München (Stadt)
Nordoberpfalz (Neustadt a.d.Waldnaab, Tirschenreuth, Weiden)
Nürnberg
Regensburg
Rosenheim
Roth
Schwabach
Schweinfurt - Bad Kissingen - Rhön-Grabfeld
Traunstein
Weißenburg-Gunzenhausen



- Ergänzende Angebote ermöglichen: Mobile Ethikberatung, Notfallpläne in leichter Sprache oder auch palliative Beratung in Pflegeheimen sind nur einige Beispiele für die Entstehung neuer Angebote.
- Synergieeffekte mit etablierten kommunalen Strukturen wie Pflegestützpunkten oder Gesundheitsregionen Plus

Vertrauensaufbau und Nutzung von Synergieeffekten

- Ein gemeinsamer Auftritt aller Versorger schafft Vertrauen und erleichtert es Betroffenen von Beginn an, Angebote anzunehmen.
- Ein deutliches Signal an die Region: In der Hospiz- und Palliativversorgung gibt es Kooperation statt Konkurrenz.
- Abbau von Barrieren bei der Kontaktaufnahme: Die Netzwerkarbeit wird regional und überregional ausgeweitet.
- Erweiterung des Netzwerks auf alle Versorgungsdimensionen: vom ambulanten Dienst bis zur stationären Einrichtung
- Synergieeffekte mit weiteren sozialen Akteuren und etablierten regionalen, bayerischen und bundesweiten Fachstellen

- Teilhabe an einer bundesweiten Entwicklung: Die Region wird Teil einer wachsenden Bewegung und macht sich auf den Weg zu einer sorgenden Gemeinschaft.

Ein herzliches Dankeschön

Der Dank gilt allen bayerischen Kommunen, die das Thema Hospiz- und Palliativversorgung finanziell unterstützen und damit sichtbar auf die politische Agenda ihrer Region bringen, sowie den Landesverbänden der Krankenkassen und Ersatzkassen, die anteilige Fördermittel gemäß § 39d Sozialgesetzbuch V zur Verfügung stellen. Sie leisten damit einen unverzichtbaren Beitrag zu einer Versorgung, die den Menschen in den Mittelpunkt stellt. Die hospizlich-palliative Versorgung ist mehr als eine medizinische Aufgabe – sie ist Ausdruck von Menschlichkeit und Fürsorge. Die regionalen Netzwerke sind das Fundament dafür. Damit sie ihre Arbeit nachhaltig fortsetzen können, braucht es weiterhin starke Partner: Leistungserbringer, Krankenkassen und die bayerischen Kommunen.



BHPB (Sigrid Altweck, obere Reihe, 4. v. l.) sowie Koordinationskräfte regionaler Hospiz- und Palliativnetzwerke in Bayern beim landesweiten Netzwerktreffen im Oktober 2025 beim Gastgeber Hospizverein Ingolstadt (Foto: Bayerisches Hospiz- und Palliativbündnis)



DIE ROLLE DES BAYERISCHEN HOSPIZ- UND PALLIATIVBÜNDNISSES (BHPB)

Das Bayerische Hospiz- und Palliativbündnis (BHPB) gibt es seit 2010. Es ist ein Kooperationsbündnis des Bayerischen Hospiz- und Palliativverbandes (BHPV) zusammen mit dem Landes-Caritasverband Bayern und dem Diakonischen Werk Bayern. Im Laufe der Zeit haben sich der Arbeiterwohlfahrt Landesverband Bayern, die Bayerische Krankenhausgesellschaft, das Bayerische Rote Kreuz, Paritätischer Wohlfahrtsverband Landesverband Bayern, der Fachverband Evangelische Altenhilfe der Diakonie, der Landesverband der Israelitischen Kultusgemeinden in Bayern, der Bayerische Hausärzteverband und die Kassenärztliche Vereinigung Bayern als weitere Kooperationspartner:innen angeschlossen. Alle Beratungsleistungen des Bayerischen Hospiz- und Palliativbündnisses sind für Sie kostenfrei und werden gefördert vom Bayerischen Ministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention.

Das BHPB hat unter anderem die Aufgabe, die Netzwerkarbeit der Hospiz- und Palliativversorger in Bayern zu begleiten und weiterzuentwickeln. Die Geschäftsstelle ist angesiedelt beim Bayerischen Hospiz- und Palliativverband mit Sitz in Landshut.

Das BHPB begleitet Sie bei den ersten Schritten der Antragsstellung und unterstützt Sie bei der strategischen Planung der Netzwerkarbeit. Darüber hinaus fungiert das BHPB als Vernetzungsstelle aller regionalen Netzwerke und bietet Austausch in Form von landesweiten Netzwerktreffen und Fortbildungsformaten.

Kontakt für interessierte Kommunen oder regionale Versorger:

Bayerisches Hospiz- und Palliativbündnis
Sigrid Altweck
Innere Regensburger Straße 13 · 84034 Landshut
altweck@bhp.org · 0175 2596899

Kulturdialog neu gedacht: Der Kulturatlas Bayern verbindet Land, Kommune und Kulturschaffende

Von Rebecca Zimmermann, Stiftung Kulturzukunft Bayern

Warum ein Kulturatlas? Bedürfnisse der Landkreise im Blick



In Bayerns Landkreisen und kreisfreien Städten sind die Zuständigkeiten für Kulturarbeit sehr unterschiedlich geregelt. In manchen Regionen gibt es professionelle Kulturreferate, andernorts übernehmen Landrättinnen und Landräte oder ehrenamtliche Vereine diese Aufgabe, mancherorts fehlt eine formale Anlaufstelle für Kultur vollständig. Diese Heterogenität ist eine Stärke, führt in der Praxis aber oft auch zu fehlender Sichtbarkeit und Orientierung sowie unnötigen Doppelstrukturen.



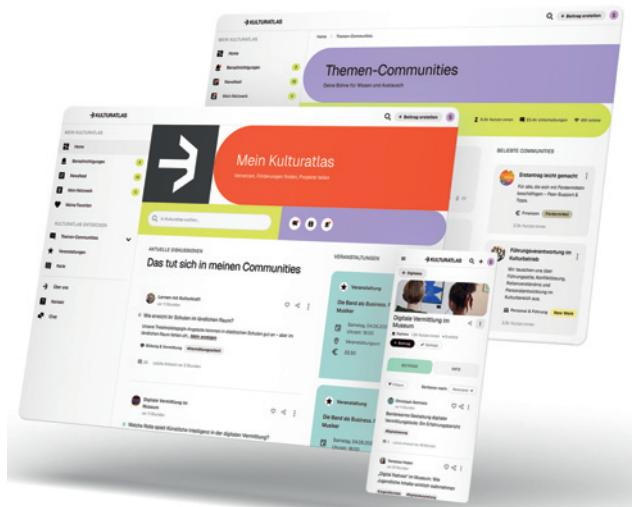
„Der Kulturatlas Bayern soll kommunale Kulturarbeit sichtbarer machen und Kooperationen erleichtern, gerade auch dort, wo Ressourcen knapp sind.“
Landrat Bernd Sibler, Landratsamt Deggendorf

Hier setzt die Stiftung Kulturzukunft Bayern mit dem Kulturatlas Bayern an. Ziel ist es, Kulturakteurinnen und Kulturakteure sichtbarer zu machen, kommunale Kulturarbeit zu vernetzen und das breite Spektrum kultureller Infrastruktur in Stadt und Land sichtbar und zugänglich zu machen. Landkreise gewinnen so ein Instrument, mit dem sich regionale kulturelle Potenziale abbilden, Fördermöglichkeiten schneller finden und Kooperationen gezielt anbahnen lassen.



Was ist der Kulturatlas Bayern? Plattform, Kompass, Netzwerk

Der Kulturatlas Bayern ist eine digitale Plattform, die Kulturore, Initiativen, Projekte und Institutionen in ganz Bayern miteinander vernetzt und auffindbar macht. Im Zentrum steht der praktische Nutzen sowohl für Kulturschaffende als auch für die kommunale Ebene: Kultur wird nicht nur dargestellt, sondern als Standortfaktor und Teil kommunaler Daseinsvorsorge greifbar.



Mehrwert für Landkreise auf einen Blick

- Übersicht über lokale und regionale Kulturakteure, von Museen über Musikschulen bis zu ehrenamtlichen Initiativen
- Orientierung in der Förderlandschaft durch den integrierten Förderkompass, besonders hilfreich für kleinere Strukturen bei Recherche und Projektplanung
- Perspektiven für thematische Communities und Austauschformate, die Vernetzung erleichtern und als Brücke zwischen Verwaltung, Politik, Kulturpraxis und Ehrenamt wirken

Ankündigung: Erstes bayernweites Treffen im Frühsommer 2026

Um die Möglichkeiten des Kulturatlas Bayern vorzustellen und den Dialog über kommunale Kulturarbeit zu stärken, plant die Stiftung Kulturzukunft Bayern im Frühsommer 2026 ein erstes bayernweites Netzwerktreffen der Kulturverantwortlichen aus Landkreisen und kreisfreien Städten. Ziel ist ein praxisnaher Austausch über Strukturen, Fördermöglichkeiten und Kooperationen und die gemeinsame Frage, wie Kulturarbeit in der Fläche nachhaltig gestärkt werden kann.

Geplant sind Impulse aus der kommunalen Praxis, moderierte Diskussionen und ein Schwerpunktblock „Vernetzung und Kooperation“, in dem konkrete, übertragbare Modelle sichtbar werden sollen. Der Kulturatlas Bayern wird dabei als Werkzeug vorgestellt, das Kooperationen erleichtert, Sichtbarkeit erhöht und Förderrecherche vereinfacht.

Die Stiftung Kulturzukunft Bayern lädt Landkreise ausdrücklich ein, den Kulturatlas aktiv zu nutzen und mitzugestalten: durch Hinweise auf Akteure und Projekte, durch die Weitergabe an Kulturschaffende und durch Mitwirkung an Austauschformaten. So kann aus Vielfalt ein stärkeres Netzwerk entstehen, das Kulturarbeit in ganz Bayern trägt.

Fakten und Eckdaten

Projekt: Kulturatlas Bayern, Stiftung Kulturzukunft Bayern

Start Initiative: 2022 (Initiative Kulturzukunft Bayern)
Stiftung: gemeinnützig, Angebote kostenfrei, durchfinanziert

Fokus: Sichtbarkeit, Vernetzung, Förderorientierung und Austauschformate

Nächstes Format: Ankündigung Netzwerktreffen Kulturverantwortliche im Frühsommer 2026 (Ort und Datum in Planung)



Schlachttier- und Fleischuntersuchung sichern – praxisnahe Lösungen!

Von Gerhard Zellner, Leiter der Abteilung Gesundheitlicher Verbraucherschutz, Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen im StMUV

Die amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung (SFU) ist essenziell für unsere Nutzviehhalter, selbstschlachtenden Metzger und viele Direktvermarkter. Denn: Ohne SFU keine Schlachtung. Und ohne amtliche Tierärztinnen und Tierärzte keine SFU. Gemeinsame Lösungen für eine zukunftsorientierte SFU.

Landwirtschaftliche Betriebe mit regionalem Betriebskonzept und hofnaher Schlachtung kooperieren häufig mit selbstschlachtenden Metzgereien in der Nachbarschaft oder mit einem regionalen Schlachthof. Was in der Öffentlichkeit kaum bekannt ist: Ohne unsere amtlichen Tierärztinnen und Tierärzte kann keines dieser Konzepte bestehen. Denn ohne die amtliche Schlachttier- und Fleischuntersuchung (SFU) darf nicht geschlachtet werden.

Gemeinsames Ziel: Neue amtliche Tierärzte/-innen gewinnen – vorhandene binden!

Die Fluktuation unter den amtlichen Tierärztinnen und Tierärzten (aTÄ) ist seit einigen Jahren altersbedingt hoch, neue Bewerbungen bleiben dahinter zurück. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Verbraucherschutz treibt deshalb gemeinsam mit dem Landkreistag und dem Städtetag Maßnahmen voran, um die SFU trotz des allgemeinen Fachkräftemangels für die Zukunft zu sichern. Weitere Partner sind relevante Wirtschaftsverbände wie der Fleischerverband Bayern und der Bayerische Bauernverband. Das gemeinsame Ziel ist es dabei, neue amtliche Tierärztinnen und Tierärzte zu gewinnen und die vorhandenen herausragenden Kräfte zu binden.

Was tun:

- Einbindung der aTÄ
- SFU-Bezirk neu festlegen
- Vertretungsregeln anpassen

Die Maßnahmen dazu sind vielfältig. Sie reichen von Nachwuchsgewinnung über ein digitales Stellenportal SFUdirect, die Entwicklung neuer Technologien wie KI in der SFU und die Digitalisierung der SFU-Abrechnung bis hin zur Rechtsentwicklung zugunsten einer effektiven, modernen SFU.

Was können Sie tun?

- Binden Sie Ihre aTÄ in Ihre Behörde ein: Die persönliche Einbindung der aTÄ in die Organisation des Landratsamtes, die Benennung von Ansprechpartnern und die konkrete Unterstützung in schwierigen Kontrollsituationen erhöht die Arbeitszufriedenheit der aTÄ.
- Sprechen Sie mit Ihren aTÄ: Ein neuer Zuschnitt des SFU-Bezirkes, die Anpassung der Vertretungsregeln und die Erweiterung des Tätigkeitsfeldes und des Arbeitsvertrages können helfen, aTÄ zu halten und neue aTÄ zu finden.

Runder Tisch Schlachthöfe:

- Flexible Schlachtzeiten
- Schlachtzeiten rechtzeitig ankündigen

- Laden Sie ein zu einem Runden Tisch mit Schlachthofbetreibern und aTÄ: Die Ballung der Schlachtungen am Montagmorgen führt zu Personalengpässen. Flexibilität seitens der Schlachthofbetreiber ermöglicht den aTÄ mehr Einsätze in der SFU. Gespräche mit allen Beteiligten können Lösungen aufzeigen. Einige Ämter konnten inzwischen mit Schlachthöfen flexiblere Schlachtzeiten vereinbaren.



- **Schicken Sie Ihre engagierten aTÄ zur Nachwuchsgewinnung:** An vier Terminen pro Jahr werben erfahrene, engagierte aTÄ für ihre Behörde und die Tätigkeit als aTÄ. Das StMUV organisiert die Veranstaltungen an der tiermedizinischen Fakultät der Ludwig-Maximilians-Universität (LMU) in Ober-schleißheim. Der 2. VET Career Day der LMU München am 24.04.2026 bietet ebenfalls die Möglichkeit, gemeinsam mit dem StMUV für die eigene Behörde zu werben.

- **Nutzen Sie das neue Stellenportal SFUdirect:** Die Eintragung offener Stellen für aTÄ in dem Stellenportal SFUdirect bietet den direkten Kontakt zu Tiermedizinabsolventen der LMU. Das Portal (<https://stellenangebote-sfu.bayern/cadenza/w/jobsuche>) wirbt niedrigschwellig direkt auf der Studierenden-App der LMU um Nachwuchs für aTÄ in der SFU. Die Personalstellen der Landratsämter haben mit dem Portal die Möglichkeit, unbürokratisch ihre offenen Stellen auszuschreiben.

Nur die Summe der verschiedenen Maßnahmen kann zu einer stabilen, reaktionsfähigen Schlachttier- und Fleischuntersuchung führen!

Fazit:

Die Schlachttier- und Fleischuntersuchung stellt eine bedeutsame Schlüsselstelle für die regionalen, land- und fleischwirtschaftlichen Strukturen in Bayern dar. Angesichts der heterogenen und komplexen Strukturen in der SFU kann es keine „Einheitslösung“ geben. Mit den skizzierten Maßnahmen und dem gemeinsamen Willen, gute Lösungen zu erreichen, sichern wir gemeinsam die Schlachttier- und Fleischuntersuchung in Bayern jetzt und für die Zukunft.

Ohne starke Landkreise gibt es keine starke Zukunft

Interview mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries, und dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden und Leiter des Bayerischen Innovationsrings, Landrat Josef Niedermaier, Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen



*Landrat Stefan Rößle
(Foto: ©Gregor Wiebe
www.huckleberryking.com)*



Landrat Josef Niedermaier

Herr Landrat Rößle, Sie sind seit der Kommunalwahl 2020 Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen beim Bayerischen Landkreistag. Wie bewerten Sie die aktuelle finanzielle Situation?

Landrat Stefan Rößle: Die finanzielle Lage der Kommunen in Deutschland ist so ernst wie seit Jahrzehnten nicht mehr. Die kommunalen Haushalte hatten 2024 ein Finanzierungsdefizit von 24,8 Mrd. €. Das war das höchste Finanzierungsdefizit seit der deutschen Vereinigung im Jahr 1990. Wesentliche Ursache war, dass die Ausgaben mit 12,6 % deutlich stärker angestiegen sind als die Einnahmen mit 7,6 %. Ausgabentreiber waren vor allem die Sozialleistungen. Diese Negativentwicklung setzt sich weiter fort und gilt auch für die bayerischen Kommunen. Auch bei uns steigen die Sozialausgaben deutlich stärker als die Einnahmen.

Worin sehen Sie die wesentlichen Ursachen für diese Entwicklung?

Landrat Stefan Rößle: Der Bund regelt Leistungsansprüche im Sozialbereich oft bis ins kleinste Detail, stellt aber nicht die hierfür notwendigen finanziellen Mittel bereit. Dies betrifft nicht nur die Landkreise, z.B. in der Kinder- und Jugendhilfe, sondern auch die Bezirke. Allein die Netto-Ausgaben der Bezirke für die Eingliederungshilfe sind 2024 um 424,4 Mio. € auf 4,13 Mrd. € angestiegen. Diese Mehrausgaben bei den Bezirken spüren die Landkreise über die Bezirksumlagen unmittelbar. So ist die Bezirksumlagebelastung der

Landkreise im Jahr 2025 um 340,4 Mio. € angestiegen.

Aber hier wäre doch auch der Freistaat Bayern gefordert, die Kommunen beim kommunalen Finanzausgleich zu unterstützen?

Landrat Stefan Rößle: Der kommunale Finanzausgleich 2026 hat gezeigt, dass der Freistaat auch in schwierigen Zeiten ein verlässlicher Partner ist. Durch die Erhöhung der Zuweisungen an die Bezirke um 480 Mio. € können die Bezirksumlageerhöhungen spürbar abgedeckt werden. Die Anhebungen des Kommunalanteils am Steuerverbund um 0,3 Prozentpunkte im Jahr 2026 auf 13,3 % und weitere 0,2 Prozentpunkte im Jahr 2027 auf 13,5 % sind eine strukturelle Verbesserung der Kommunalfinanzen. Die Ursachen für die kommunale Finanzkrise werden dadurch jedoch nicht beseitigt. Hier besteht v.a. auf Bundesebene dringender Handlungsbedarf.

Herr Landrat Niedermaier, Sie sind stellvertretender Vorsitzender des Ausschusses für Finanzen und Sparkassen und Leiter des Innovationsrings des Bayerischen Landkreistags. Was muss passieren, damit es den Kommunen wieder finanziell besser geht?

Landrat Josef Niedermaier: Die Kommunen tragen mehr als ein Viertel der gesamtstaatlichen Ausgaben, erhalten aber nur ein Siebtel der Steuereinnahmen. Wir



brauchen daher substanzelle Entlastungen bei den Ausgaben und deutliche Verbesserungen bei den Einnahmen. Der Bund ist der wesentliche Verursacher für die Ausgaben im Sozialbereich und muss sich dieser Verantwortung stellen. Es kann nicht sein, dass der Bund die Sozialleistungen ständig ausweitet und die Kommunen dafür aufkommen sollen. Für uns gilt daher: „Wer bestellt, der zahlt“. Das steht so auch im Koalitionsvertrag von CDU, CSU und SPD.

Was fordern Sie konkret?

Landrat Josef Niedermaier: Wir brauchen ein Kommunalentlastungspaket des Bundes mit einer Verdreifachung des kommunalen Umsatzsteueranteils von derzeit 2 % auf 6 %. Das allein würde die Unterfinanzierung aber nicht beseitigen. Wir brauchen daher zusätzlich eine echte Reform des Sozialstaats. Die Aufgaben und Standards in der Sozialgesetzgebung müssen auf den Prüfstand. Bei den weiterhin notwendigen Ansprüchen müssen wir über die Finanzierung sprechen. Die Sozialausgaben müssen insgesamt fairer zwischen Bund, Ländern und Kommunen verteilt werden.

In Zeiten des demographischen Wandels und des Fachkräftemangels wird die Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen immer wichtiger. Wie kann der Innovationsring des Bayerischen Landkreistags dabei unterstützen?

Landrat Josef Niedermaier: Die Landratsämter in Bayern stehen alle vor denselben Herausforderungen. Das Rad muss nicht in jedem Landratsamt neu erfunden werden. Dafür steht der Innovationsring. Beim Projekt „Digitaler Werkzeugkasten“ haben wir zum Beispiel mit rund 40 Landkreisen über 200 Online-Anträge umgesetzt. Die Digitalisierung ist auch ein wichtiger Faktor, um unsere Landratsämter zukunftsfähig aufzustellen. Der Innovationsring hat sich daher aktiv in die Überlegungen zum zentralen kommunalen IT-Dienstleister eingebracht, den wir in der Zukunftskommission #Digitales Bayern 5.0 auf den Weg bringen wollen.

Im Hinblick auf die Zukunft kommt auch den Investitionen in die kommunale Infrastruktur eine entscheidende Bedeutung zu. Sind diese überhaupt finanziierbar?

Landrat Josef Niedermaier: Aufgrund der dramatischen Entwicklung bei den laufenden Ausgaben bleiben tatsächlich wenig Spielräume für die notwendigen Investitionen. Wir können jeden Euro nur einmal aus-

geben. Von dem Sondervermögen Infrastruktur erhalten Länder und Kommunen einen festen Anteil von 100 Mrd. €. Davon entfallen 15,7 Mrd. € auf den Freistaat Bayern und die bayerischen Kommunen. Wir sind dankbar für diese Investitionsmittel, das schafft zusätzliche Investitionsspielräume. Die Finanzierung der kommunalen Eigenanteile bei den Investitionen bleibt jedoch ein Kraftakt.

Landrat Stefan Rößle: Beim Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2026 haben wir uns mit dem Freistaat Bayern über die Mittelverteilung aus dem Sondervermögen Infrastruktur für die nächsten Jahre verständigt. Schwerpunkte haben wir beim kommunalen Hochbau, beispielsweise bei den Schulen, und bei den Krankenhäusern gesetzt. Allein hierfür werden rd. 1,8 Mrd. € bereitgestellt. Hinzu kommt eine kommunales Investitionsbudget von 2 Mrd. €, davon entfallen 400 Mio. € auf die Landkreise. Das ist ein gutes Gesamtpaket, kann aber nicht die notwendigen Reformen ersetzen.

Reformbedarf besteht nicht nur im Sozialbereich, sondern auch beim Abbau von Aufgaben und Standards. Sind wir beim Bürokratieabbau vorangekommen?

Landrat Stefan Rößle: Beim Spitzengespräch über den kommunalen Finanzausgleich 2025 am 04.11.2024 wurde ein erstes Zwischenfazit zum Bürokratieabbau in Bayern gezogen. Um den Bürokratieabbau zu beschleunigen, wurde eine eigene Kommission unter Federführung der Staatskanzlei eingerichtet. Der Bayerische Landkreistag hat sich hier aktiv eingebracht. Die Kommission hat mehrere gute Ergebnisse erzielt, besonders bei der notwendigen Vereinfachung des kommunalen Förderwesens. Wir dürfen aber nicht nachlassen, es bleibt noch viel zu tun.

Landrat Josef Niedermaier: Im Jahr 2026 wird eine weitere Kommission zu staatlichen Verwaltungs- und Behördenstrukturen ihre Arbeit aufnehmen. Wir werden uns auch hier aktiv einbringen. Wir müssen zudem die Möglichkeiten von Experimentierklauseln deutlich ausweiten und den Mut haben, Dinge einfach mal auszuprobieren. Wir brauchen insgesamt mehr Vertrauen in die Kommunen und die Entscheidungen vor Ort. Dadurch würden sich zahlreiche Regelungen von selbst erledigen.



Krisenresiliente Landkreise – Verantwortung übernehmen, Versorgung sichern, Zukunft gestalten

Von Landrat Thomas Eichinger, Landsberg am Lech, Vorsitzender des Ausschusses für Gesundheit und Soziales beim Bayerischen Landkreistag, und der stellv. Ausschussvorsitzenden Landrätin Tamara Bischof, Kitzingen, 2. Vizepräsidentin des Bayerischen Landkreistags



Landrat Thomas Eichinger



Landrätin Tamara Bischof

Pandemie, Energiekrise, massive Kostensteigerungen, Fachkräftemangel und eine über Jahre hohe Zuwanderung haben die Landkreise in Bayern in den vergangenen Jahren vor außergewöhnliche Herausforderungen gestellt. Trotz dieser Belastungen haben die Landräten und Landräte gemeinsam mit ihren Verwaltungen immer wieder gezeigt, dass sie handlungsfähig sind, Lösungen finden und die Lebensqualität vor Ort sichern. Krankenhäuser sind geöffnet, Unterstützungsangebote werden ausgebaut, Kinder- und Jugendhilfe funktioniert, Unterbringung und koordinierende Integration von Geflüchteten und Ausländern gelingt, Da-seinsvorsorge wird aktiv gestaltet – und das alles oft unter schwierigen finanziellen und gesetzlichen Rahmenbedingungen. Die Landkreise beweisen täglich: Sie machen ihren Job für die Menschen, die hier leben.

Gerade in Krisenzeiten zeigt sich die Stärke der kommunalen Ebene. Landkreise handeln pragmatisch, lösungsorientiert und nah an den Bedürfnissen der Bevölkerung. Sie investieren kontinuierlich in Infrastruktur, medizinische Versorgung, Bildung, Pflege und soziale Netze, gestalten den Wandel in den Regionen und setzen neue Standards – auch dort, wo andere Ebenen zögern. Was sie jedoch nicht leisten können: dauerhaft strukturelle Defizite auszugleichen, die von Bundes- bzw. Landespolitik nicht richtig angegangen werden. Krisenresilienz vor Ort setzt voraus, dass Bund und Freistaat ihre Verantwortung für verlässliche ge-

setzliche Rahmenbedingungen und eine auskömmliche Finanzierung wahrnehmen.

Gesundheitsversorgung als Standort- und Vertrauensfaktor

Eine verlässliche Gesundheitsversorgung ist heute ein entscheidender Standortfaktor – für Bürgerinnen und Bürger ebenso wie für Fachkräfte und Unternehmen. Gerade im ländlichen Raum übernehmen die Landkreise hier eine tragende Rolle. Sie halten Krankenhäuser offen, investieren in moderne Infrastruktur, schaffen regionale Versorgungsverbünde und sichern damit die medizinische Versorgung für ihre Bürgerinnen und Bürger. In vielen Regionen Bayerns sind es die Landkreise, die durch gezielte Investitionen in Notaufnahmen, Geburtshilfe, Pflege und digitale Infrastruktur dafür sorgen, dass die Menschen vor Ort gut versorgt sind.

Landkreise gestalten aktiv: Sie entwickeln neue Versorgungsformen wie sektorübergreifende Gesundheitszentren, erarbeiten digitale Lösungen und sorgen dafür, dass die Versorgung auch in abgelegenen Regionen funktioniert. Gleichzeitig setzen sie sich mit Nachdruck für eine Krankenhausreform ein, die Qualität, Wirtschaftlichkeit und regionale Besonderheiten sinnvoll miteinander verbindet. Die Landkreise machen ihren Job. Jetzt ist der Bund gefordert, seinen Teil der Verantwortung zu übernehmen.



Dabei gilt: Gesundheitsversorgung ist eine gemeinsame Aufgabe. Die Landkreise arbeiten konstruktiv mit allen Beteiligten zusammen – von Kliniken über niedergelassene Ärztinnen und Ärzte bis hin zur Kassenärztlichen Vereinigung. Gleichzeitig muss der Bund seiner zentralen Rolle in der Finanzierung der Betriebskosten der Kliniken gerecht werden. Die Landkreise sichern Versorgung und investieren vor Ort, können aber nicht dauerhaft die Folgen bundespolitischer Entscheidungen kompensieren. Eine Krankenhauspolitik, die Versorgung erhalten will, muss vom Bund so finanziert werden, dass sie regional tragfähig umgesetzt werden kann.

Pflege zukunftsfähig gestalten – Nähe, Qualität und Bezahlbarkeit sichern

Auch in der pflegerischen Versorgung zeigen die Landkreise Innovationskraft. Sie unterstützen die Entwicklung quartiersnaher Angebote, koordinieren regionale Netzwerke und entwickeln flexible Modelle, die Pflege wohnortnah, qualitativ hochwertig und bezahlbar aufrechterhalten. Mit Pflegestützpunkten, regionalen Pflegekonferenzen, Modellprojekten und digitalen Lösungen übernehmen Landkreise eine aktiv gestaltende Rolle. So sichern sie nicht nur die Versorgung der Pflegebedürftigen, sondern auch die Arbeitsplätze für Fachkräfte vor Ort.

Damit diese Konzepte dauerhaft Bestand haben, braucht es jedoch verlässliche gesetzliche und finanzielle Rahmenbedingungen auf Bundes- und Landesebene. Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe – sie darf nicht einseitig auf die kommunale Ebene verlagert werden.

Migration und Integration: gestalten, begleiten, integrieren

Die Landkreise haben in den vergangenen Jahren bewiesen, dass sie auch große Zuwanderungsbewegungen professionell bewältigen können – selbst wenn die Grenze der Belastbarkeit bei weitem und längst überschritten ist. Heute stellen sie weiter Unterbringung, Versorgung und Integrationsangebote bereit, unterstützen bei Sprachförderung und Arbeitsmarktprogrammen und sorgen dafür, dass junge Menschen Chancen bekommen und Teil der Gemeinschaft werden. Integration gelingt vor Ort – gesteuert durch die Landkreise, koordiniert mit Schulen, Kitas, Vereinen und Betrieben.

Gleichzeitig gilt: Integration kann nur gelingen, wenn sie bundespolitisch klar gesteuert und mitfinanziert wird. Klare Regeln, funktionierende Verfahren, wirksame Rückführungen bei abgelehnten Asylgesuchen und eine flächendeckende Digitalisierung der Ausländerbehörden sind Voraussetzung dafür, dass die Kommunen ihre Aufgaben erfolgreich erfüllen können. Die Landkreise übernehmen Verantwortung – jetzt muss auch der Bund liefern.

Kinder- und Jugendhilfe: Stabilität für die nächste Generation

Die Kinder- und Jugendhilfe ist eines der sensibelsten Aufgabenfelder der Landkreise. Trotz steigender Fallzahlen, komplexer Problemlagen und Fachkräftemangel sichern die Kreisjugendämter täglich Schutz, Förderung und Chancen für Kinder und Jugendliche. Sie entwickeln innovative Steuerungsinstrumente, setzen Personalbemessungskonzepte ein und schaffen passgenaue Hilfsangebote – und das alles unter hohem organisatorischen und finanziellen Aufwand.

Die Landkreise beweisen hier hohe Krisenresilienz und Gestaltungsfähigkeit. Wer jedoch immer neue individuelle Rechtsansprüche schafft, muss auch für eine tragfähige Finanzierung sorgen. Der Bund ist gefordert, Reformen so zu gestalten, dass die Kommunen sie zuverlässig umsetzen können.

Eingliederungshilfe: Teilhabe ermöglichen, Verantwortung fair verteilen

Mit der Umsetzung des Bundesteilhabegesetzes wurde die Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung weiterentwickelt.

Gleichzeitig steigen Fallzahlen und Ausgaben deutlich. Wenn der Bund hohe soziale Standards setzt, muss er sich auch dauerhaft an deren Finanzierung beteiligt sein. Teilhabe darf nicht an der finanziellen Leistungsfähigkeit der Kommunen scheitern.

Soziale Leistungen verlässlich finanzieren

Kinder- und Jugendhilfe, Pflege, Eingliederungshilfe, Unterkunftskosten, Integrationsleistungen und weitere Hilfen bilden in vielen Landkreisen einen dynamisch wachsenden Ausgabenblock. Diese Entwicklung ist Ausdruck gesellschaftlicher Realität – sie darf jedoch nicht dauerhaft zu Lasten der kommunalen Ebene gehen.



Die Landkreise leisten jeden Tag hervorragende Arbeit, sie investieren, koordinieren und sichern soziale Strukturen. Jetzt müssen Bund und Freistaat ihren Beitrag leisten und Verantwortung übernehmen. Wer soziale Sicherungssysteme stabil halten will, muss die Finanzierungsverantwortung zwischen Bund, Land und Kommunen neu austarieren.

Starke Landkreise brauchen starke Rahmenbedingungen

Die vergangenen Jahre haben eindrucksvoll gezeigt: Die bayerischen Landkreise machen ihren Job – und sie tun es großartig. Sie sichern Versorgung, investieren in Infrastruktur, halten soziale Netze stabil, gestalten den Wandel aktiv mit und setzen Standards für Qualität und Innovation – auch unter extremen Bedingungen.

Damit sie diesen Beitrag auch künftig leisten können, erwarten sie von Bund und Freistaat:

1. Klare Zuständigkeiten und abgestimmte Krisenstrukturen,
2. eine verlässliche, dauerhafte Mitfinanzierung zentraler Sozialaufgaben,
3. rechtliche und finanzielle Spielräume für passgenaue regionale Lösungen.

Starke Landkreise sind das Rückgrat der Daseinsvorsorge in Bayern. Sie sichern die Lebensqualität vor Ort, investieren in die Zukunft ihrer Bürgerinnen und Bürger und zeigen, wie Krisenresilienz und Gestaltungswille zusammenwirken. Wenn Bund und Freistaat ihre Verantwortung übernehmen, können die Landkreise auch in den kommenden Jahren flächendeckend Versorgung, Teilhabe und Sicherheit gewährleisten – zum Wohle aller Menschen in Bayern.

Kommunale Selbstverwaltung als Fundament politischer Stabilität

Von Landrat Armin Kroder, Landkreis Nürnberger Land, Vorsitzender des Ausschusses für Recht und Bildung beim Bayerischen Landtag, und dem stellvertretenden Ausschussvorsitzenden Landrat Dr. Oliver Bär, Landkreis Hof



*Landrat Armin Kroder
(Foto: ©Thomas Geiger)*



Landrat Dr. Oliver Bär

Demokratie lebt nicht nur von großen Reden in Parlamenten oder Entscheidungen auf nationaler oder europäischer Ebene. Sie beginnt dort, wo Menschen einander begegnen, Verwaltung greifbar ist und politische Entscheidungen den Alltag prägen: in Gemeinden und Landkreisen. Aus unserer täglichen Arbeit wissen wir, wie zentral kommunale Selbstverwaltung für poli-

tische Stabilität, gesellschaftlichen Zusammenhalt und Vertrauen in den Staat ist. Die Geschichte zeigt dies: Nach dem Zweiten Weltkrieg erfolgte der Aufbau der Länder und der Bundesrepublik auf dem Fundament der kommunalen Selbstverwaltung, in der Gemeinden und Landkreise eine entscheidende Rolle spielen.



1. Landkreise als Stabilitätsanker unserer Demokratie

Landkreise übernehmen Aufgaben, die für Gemeinden zu groß und für Land oder Bund zu kleinteilig und zu nah an den regionalen Besonderheiten sind. Dazu zählen weiterführende Schulen, kulturelle und soziale Einrichtungen, Tourismus, Landschaftspflege, Straßenbau, öffentlicher Nahverkehr, Gesundheitsversorgung, Rettungsdienst sowie Abfall- und Tierkörperbeseitigung. Diese Aufgaben werden überwiegend auf Landkreisebene koordiniert und verantwortet.

Die Kreisebene ermöglicht es den Menschen, ihre Angelegenheiten im Rahmen der Gesetze und regionaler Besonderheiten selbst zu regeln. Kommunale Selbstverwaltung überträgt Verantwortung und echte Entscheidungskompetenz auf die Menschen vor Ort. Sie reduziert die Abhängigkeit von weit entfernten, oft als „abgehoben“ wahrgenommenen Bürokratien und wirkt dem Ohnmachtsgefühl gegenüber „denen da oben“ entgegen, die angeblich nicht zuhören oder die örtlichen Realitäten nicht kennen.

Kommunale Selbstverwaltung bedeutet Bürgernähe. Man begegnet sich persönlich, kennt sich, spricht dieselbe Sprache, teilt Kultur und Identität. Entscheidungen werden nicht anonym getroffen, sondern im direkten Austausch erklärt, diskutiert und verantwortet. Diese Nähe ist eine wesentliche Voraussetzung für die Stabilität unserer Demokratie vor Ort.

2. Kreistag und Landrat – Bindeglied zwischen Bürgern und Staat

Bürgerinnen und Bürger entscheiden während der Wahlperiode nur selten direkt durch Bürgerentscheide. Ihren Einfluss auf die Entwicklung ihres Landkreises üben sie alle sechs Jahre mittelbar über die Kommunalwahl aus.

Der Kreistag mit seinen Ausschüssen ist als demokratisch legitimierte Vertretung der Bevölkerung zentral für wesentliche Sachentscheidungen und Prioritätssetzungen im Landkreis. Entscheidungen im Kreistag sind selten einfach; meist geht es nicht um schlichte Ja-oder-Nein-Fragen, sondern um komplexe Abwägungen verschiedener Sichtweisen, Interessen und regionaler Besonderheiten. Die Kreistagsmitglieder leben im Landkreis, kennen die örtlichen Gegebenheiten und bringen fachliche Expertise, gesellschaftliches Engagement und Netzwerke mit. Sie vertreten ihre Wählerinnen und Wähler und müssen stets das „große

Ganze“ im Blick behalten. Auch aufgrund begrenzter finanzieller Mittel sind Prioritätssetzungen nach Dringlichkeit, Notwendigkeit und Wünschenswertem unvermeidlich.

Für eine funktionierende Selbstverwaltung ist es wichtig, dass das Verhältnis zwischen direkter Abstimmung der Bürgerschaft und den demokratisch gewählten Repräsentanten nicht ins Wanken gerät. Der „Runde Tisch Bürgerentscheide“ hat sich kritisch mit dem Spannungsverhältnis zwischen direkter und repräsentativer Demokratie auseinandergesetzt. Leider rücken Bürgerentscheide oft Partikularinteressen in den Fokus, die Entscheidungen im Gemeinwohlinteresse torpedieren können. Bei niedriger Beteiligung und knappen Ergebnissen stoßen sie auf wenig Akzeptanz und werden teils mehrfach initiiert. Deshalb lohnt es sich darüber nachzudenken, welche Themen sich für Bürgerentscheide eignen und wie eine stärkere Verbindlichkeit der Abstimmungsergebnisse erreicht werden kann – auch im Interesse der Rechtssicherheit für Investoren. Das Ergebnis des „Runden Tisches Bürgerentscheide“ ist ein Kompromiss, der den „Bayerischen Weg“ der direkten Demokratie stärkt und vor allem auf frühere Information und Dialog setzt, um langwierige Konflikte zu vermeiden.

Landrättinnen und Landräte haben in diesem Gefüge eine besondere Rolle: Sie führen den Kreistag, leiten das Landratsamt und sorgen für die Umsetzung der Kreistagsbeschlüsse. Als Leiter des Landratsamts sind sie auch für staatliche Aufgaben verantwortlich, etwa die Erteilung von Baugenehmigungen, und damit zentrale Ansprechpartner für vielfältige Bürgeranliegen. Da sie direkt vom Volk gewählt werden, verfügen sie über hohe Legitimation, was ihre Stellung gegenüber übergeordneten Behörden stärkt. So darf die Aufsichtsbehörde nur in Ausnahmefällen an Stelle des Landrats handeln, wenn der zuständige Minister dies aus wichtigen Gründen des öffentlichen Wohls anordnet. Dies veranschaulicht den Gestaltungsspielraum, aber auch die Verantwortung der bayerischen Landrättinnen und Landräte.

3. Demokratische Kultur braucht Gestaltungsspielräume

Kommunale Demokratie funktioniert nur, wenn Landkreise und Kommunen echten Handlungsspielraum haben. Eine **auskömmliche Finanzausstattung** ist unerlässlich. Wenn der Gestaltungsspielraum mangels freier Finanzspanne faktisch gegen null tendiert,



wächst der Frust bei und gegenüber den Mandatsträgern – und es wird immer schwieriger, Kandidatinnen und Kandidaten zu finden.

Eine ähnliche Situation entsteht, wenn neue gesetzliche Vorgaben kommunale Handlungsmöglichkeiten lähmen, bis nur noch Vorgaben von oben abgenickt werden können. Beispielhaft sei hier der Sozialbereich erwähnt, der zwar als „kommunal“ gilt, aber allergrößtenteils nicht auf Landkreis-, sondern auf Bundes- oder Landesebene entschieden wird. Während einerseits der **Bürokratismus** beklagt wird, erwarten Menschen andererseits, dass sämtliche Risiken über Vorschriften ausgeschlossen werden. Realisiert sich dennoch eine Gefahr, wird sofort nach neuen Regelungen verlangt. Doch jede neue Vorschrift beschränkt unsere Freiheit. Daher müssen wir dieses Spannungsverhältnis aushalten, die immerwährende Angst ablegen und uns von übertriebenen bürokratischen Fesseln lösen, damit Wirtschaft und Leben lebenswert bleiben.

Trotz großer Herausforderungen gibt es erste Erfolge. Die Bayerische Staatsregierung hat mit vier Modernisierungsgesetzen Maßnahmen vorangebracht, darunter auch Vorschläge aus den Landkreisen. Einen großen Erfolg sehen wir in der geplanten Neuregelung zur Finanzierung der Schul-IT, die auf pauschale Finanzzuweisungen statt kleinteilige Fördervorgaben setzt und den Kommunen große Flexibilität gibt. Dagegen helfen Scheinlösungen wie Genehmigungsfiktionen oder der Abbau veralteter Vorschriften nicht. Entbürokratisierung gelingt nur, wenn materiellrechtliche Vorgaben wegfallen. Der Gesetzgeber sollte daher kritisch prüfen, ob eine Regelung nötig ist, wenn deren Einhaltung später nicht geprüft wird. Im Übrigen ist es meist teurer, Maßnahmen nachträglich anzupassen, als die Einhaltung gesetzlicher Regelungen vor Ausführung zu fordern.

Die kommunale Selbstverwaltung darf nicht durch **Aufgabenzentralisierung** ausgehöhlt werden, die oft unter dem Deckmantel der Digitalisierung vorangetrieben wird. Digitalisierung muss nicht Zentralisierung bedeuten. Digitale Lösungen können bewährte Ansprechpartner vor Ort erhalten und zugleich einheitliche Software und Portale für bessere Aufgabenerledigung schaffen. Aufgabenverlagerungen auf Landes- oder Bundesbehörden sind nur dort sinnvoll, wo sie Effizienzgewinne bringen, vollständig digitalisierbar sind und keine neuen Schnittstellen schaffen. Zentralisierung von Aufgaben, die lokal besser zu erledigen sind, untergräbt Vertrauen und Demokratie. Eine höhere

staatliche oder gesellschaftliche Ebene sollte erst dann Aufgaben übernehmen, wenn die untergeordneten Einheiten (Einzelpersonen, Familien, die kommunale Ebene) diese Aufgaben nicht selbstständig und ausreichend erfüllen können. Dieses Subsidiaritätsprinzip fördert Eigenverantwortung, Eigenleistung und Bürger Nähe, indem es Entscheidungen dezentralisiert und staatliche Eingriffe auf unterstützende Hilfe beschränkt, um Individuen und kleinere Gemeinschaften zu stärken. Nichts zerstört Vertrauen stärker als Ohnmacht, fehlende Ansprechpartner oder endlose Warteschleifen. Zudem muss die Verwaltung bei Krisen wie Strom- oder Internetausfällen erreichbar und handlungsfähig bleiben.

4. Angriffe auf kommunale Mandatsträger ernst nehmen

Angriffe, Bedrohungen sowie Hass und Hetze gegen Amts- und Mandatsträger nehmen zu und bedrohen die Bereitschaft, kommunalpolitische Verantwortung zu übernehmen. Es ist bezeichnend, wenn Mandatsträger aus Angst um Gesundheit oder Familie die Politik verlassen. Deshalb müssen wir ihnen den Rücken stärken. Der Rechtsstaat muss ihren Schutz sicherstellen und Täter konsequent verfolgen, auch bei Hass und Hetze in sozialen Netzwerken, die oft fälschlicherweise als rechtsfreier Raum begriffen werden. Der Freistaat hat mit den kommunalen Spitzenverbänden wichtige Schritte unternommen: Online-Meldeportal, spezialisierte Staatsanwälte, Initiativen zum strafrechtlichen Schutz und Schulungen zur Verbesserung des Sicherheitsempfindens der Mandatsträger. Daneben bleibt die Prävention entscheidend: Kommunikations- und Konfliktfähigkeit müssen früh vermittelt werden – in Kindergärten und Schulen. Regelmäßige Bürgerbeteiligung, persönliche Gespräche und respektvoller Umgang sind weitere zentrale Bausteine zum Schutz der Mandats- und Amtsträger.

5. Kommunale Vernunft im Wahljahr 2026

Im Wahljahr 2026 braucht es mehr denn je kommunale Vernunft. Dazu gehören: Probleme sachlich und lösungsorientiert angehen, Desinformation entgegentreten, zuhören – auch bei unbequemer Kritik. Konflikte austragen, ohne Menschen herabzusetzen. Kompromisse als Ausdruck demokratischer Stärke und nicht als Schwäche verstehen. Mehrheitsentscheidungen akzeptieren. Vor allem aber muss die nachhaltige Entwicklung unseres Gemeinwesens über kurzfristigem Applaus stehen.



6. Schlussgedanken

Kommunale Selbstverwaltung ist kein verwaltungs-technisches Detail, sondern das Herz unserer Demokratie. Sie schafft Nähe, Vertrauen und Stabilität, bezieht die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Entscheidungen mit ein, ermöglicht Teilhabe und stärkt gesellschaftlichen Zusammenhalt. Als Landräte erle-

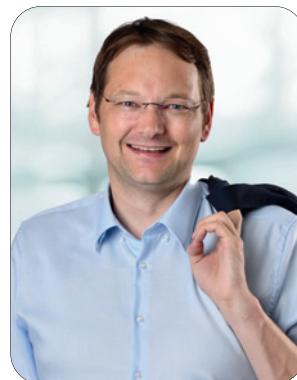
ben wir täglich, wie wichtig lokale Verantwortung ist. Umso mehr liegt es an uns allen, die demokratische Kultur zu pflegen, Angriffe auf Mandatsträger nicht zu tolerieren und die kommunale Selbstverwaltung als unverzichtbaren Bestandteil unseres freiheitlichen Systems zu verteidigen. Demokratie beginnt vor der eigenen Haustür – und bleibt stark, wenn wir sie dort gemeinsam leben und schützen.

Bayerns Landkreise als Motor der Wirtschaft in turbulenten Zeiten

Interview mit dem Vorsitzenden des Ausschusses für Wirtschaft und Verkehr beim Bayerischen Landkreistag, Landrat Franz Löffler, Cham, und dem stellv. Ausschussvorsitzenden, Landrat Dr. Hans Reichhart, Günzburg



Landrat Franz Löffler



Landrat Dr. Hans Reichhart

Vier Mega-Trends fordern die bayerische Wirtschaft
Die bayerische Wirtschaft steht unter erheblichem Druck. Laut aktuellen ifo-Analysen wirken vier transformative Mega-Trends gleichzeitig: demografischer Wandel mit schrumpfendem Fachkräftepotenzial, Energiewende mit strukturellen Umbrüchen in traditionellen Branchen, rasanter technologischer Wandel insbesondere durch Künstliche Intelligenz sowie neue geopolitische Risiken und Rohstoffabhängigkeit. Wie nehmen Sie diese Lage wahr?

Landrat Franz Löffler: Diese vier Megatrends treffen uns hart. Es geht nicht um eine normale Konjunkturflaute, die vorübergeht. Das ist struktureller Wandel unter Dauerstress. Der Fachkräftemangel ist für unsere Unternehmen ein echtes Überlebensproblem.

Energiepreise, die dauerhaft hoch bleiben, machen vielen Unternehmen das Kalkulieren unmöglich. Doch ich sehe auch: Wir haben in Bayern immer noch hervorragende Substanz – eine erstklassige Bildungslandschaft, eine verlässliche Infrastruktur und leistungsbereite Menschen, die anpacken. Das ist kein Grund für Schwarzmalerei, aber es verlangt nach entschlossenem Handeln, sofort.

Der kommunale Hebel: Genehmigungen, Flächen, Tempo

Herr Landrat, welche konkrete Rolle sehen Sie für die Landkreise?

Landrat Franz Löffler: Landkreise müssen strategische Partner vor Ort sein. Wenn ich als Unternehmer weiß, dass mein Landkreis mir aktiv hilft, schnell Flä-



chen zu sichern, Anträge zügig zu bearbeiten, passende Fördermöglichkeiten zu vermitteln – dann bleibe ich, dann wachse ich. Das ist echter Standortvorteil. Und Digitalisierung: Eine echte Online-Behörde erspart Betrieben Fahrerei und Wartezeiten. Das mag vielleicht klein klingen, macht aber den Unterschied.

**Wirtschaftsförderung: Regionaler Standortpartner
Welche Rolle spielt die Wirtschaftsförderung in den Landratsämtern? Was sind ihre Grenzen – und ihre Chancen?**

Landrat Franz Löffler: Wirtschaftsförderung ist nicht – und darf nicht sein – eine Stelle, die Prospekte verteilt und Betriebe begrüßt. Eine gute Wirtschaftsförderung vor Ort ist Kompass und Verbindung zugleich. Sie kennt die Betriebe, hilft bei Problemen mit konkreten Lösungsvorschlägen, vermittelt zwischen Politik und Wirtschaft. Das alles miteinander zu verbinden, ist echte Wertschöpfung. Sie muss strategisch arbeiten: Welche Branchen haben Zukunft in unserer Region? Wie helfen wir Betrieben, in neue Technologien und neue Standorte zu investieren – durch Beratung, durch Netzwerke?

**Fachkräfte: Ausbildung, Zuwanderung, Frauen, Ältere
Der Fachkräftemangel ist eine der vier Mega-Trends.
Wie können Landkreise hier aktiv gegensteuern?**

Landrat Franz Löffler: Das ist ein zentrales Feld – und Landkreise können hier gezielt aktiv werden. Eine Möglichkeit ist Fachkräfteezuwanderung früh zu begleiten: schon im Einreise- und Visumprozess beraten, Betriebe und Bewerber zusammenbringen, bei Sprache, Wohnung und Anerkennung mithelfen. Der Landkreis Cham geht diesen Weg – mit Fachkräften aus Kirgisistan. Das ist aufwendig, zahlt sich aber aus.

Energie und Klimatransformation: Kommunale Gestaltung

Energiewende und Dekarbonisierung sind massive Herausforderungen. Wo haben Landkreise Gestaltungsraum?

Landrat Franz Löffler: Enorm viel. Dezentrale Energieversorgung ist keine Zukunftsmusik, das ist jetzt. Energiegemeinschaften, lokale Solarparks, Windkraft mit regionaler Akzeptanz – das löst man nicht von oben herab. Landkreise können mitgestalten, wo Energiequellen sind, wie dezentral und resilient die Versorgung ist. Kreiswerke und kommunale Unternehmen können dabei strategische Hebel sein.

Infrastruktur, Digitalisierung und Verwaltung

Wie wichtig sind Infrastrukturinvestitionen – Glasfaser, Straßen, ÖPNV – für die regionale Wirtschaftskraft?

Landrat Franz Löffler: Infrastruktur ist kein Luxus, sie ist Überlebensbasis. Die Versorgung mit Glasfaser ist so elementar wie die Versorgung mit Wasser oder Strom geworden. Ein Mittelständler, der in unserer Region sitzt, kann remote arbeiten, Märkte weltweit erreichen – aber nur mit Glasfaser. Genauso: Wer will sich in einem Landkreis niederlassen, in dem der ÖPNV schlecht ist? Fachkräfte brauchen Optionen, zur Arbeit zu kommen, ohne täglich Auto zu fahren. Und wir müssen unsere Verwaltungen selbst digitalisieren: Online-Anträge, echte Datenflüsse, nicht Papierberge. Das spart Zeit. Betrieben genauso wie uns in der Verwaltung.

**Zur Bundespolitik: Investieren statt konsumieren
Wo würden Sie sich stärkere Akzente des Bundes wünschen?**

Landrat Franz Löffler: Meine Sorge: In Deutschland fließt viel zu viel Geld in den Konsum, viel zu wenig in Investitionen. Das ist mittelfristig tödlich. Wir investieren nicht genug in Bildung, Infrastruktur und Innovationen. Das Geld wird verteilt, verbraucht – und es bleibt kein Fundament für morgen. Nehmen wir das Deutschlandticket, für das Bund und Länder gemeinsam 3 Milliarden Euro jährlich in die Hand nehmen: Sicher ist das ein gutes Angebot – aber es baut keinen einzigen Meter Schiene und lässt keinen Bus öfter fahren. Es vergünstigt Mobilität vor allem dort, wo der ÖPNV sowieso schon funktioniert. Wirtschaft braucht nicht mehr Transferleistungen, sie braucht Investitionsicherheit, Planbarkeit, Deregulierung. Und: Dass Unternehmen steuerlich entlastet werden, damit sie selbst investieren können, das ist wirtschaftspolitisch intelligent.

**Hoffnung trotz Schwäche: Bayern hat Substanz
Zum Abschluss: Ist die bayerische Wirtschaft noch zu retten?**

Landrat Franz Löffler: Ja, absolut. Bayern ist nicht am Ende, aber an einem Wendepunkt. Wir haben Substanz: hervorragende Technologien, etablierte mittelständische Betriebe und starkes Handwerk. Was wir jetzt brauchen, ist eine schnelle und spürbare Entlastung der Unternehmen, damit diese sich trauen, in Qualifizierung, Digitalisierung und neue Prozesse zu in-



vestieren. Entscheidend ist jetzt das Zusammenspiel vor Ort: Wenn Landkreis und Unternehmen miteinander reden und gemeinsam gestalten, schaffen wir den Turnaround. Die nächsten zwei, drei Jahre sind kritisch – wir müssen uns klar für Gestaltung statt Stillstand entscheiden.

5 kurze „Blitzfragen“ an Landrat Dr. Hans Reichhart, Günzburg

Was ist der größte wirtschaftliche Standortvorteil der bayerischen Landkreise?

Die Landrättinnen und Landräte natürlich. Im Ernst: Unser größter Vorteil ist die Kombination aus starken Mittelständlern, hoher Beschäftigung und „kurzen Wegen“ zwischen Ausbildung, Betrieb und Verwaltung – das ist Standortqualität zum Anfassen. Wir können Innovation und bodenständiges Handwerk – und das Tür an Tür.

Welcher bürokratische „Klotz am Bein“ muss weg?

Die Genehmigungs- und Dokumentationsflut – vor allem dort, wo sie Investitionen ausbremst und Transformation verzögert. Und wo Nachweispflichten unvermeidbar sind, muss gelten: klar, schnell und digital statt kompliziert, langsam und Papier!

Welche Branche hat die größten Zukunftschancen?

Prognosen bleiben in dieser schnellen, technologisch getriebenen Zeit immer auch ein Stück Glas-kugellesen. Die größten Chancen entstehen dort, wo Dekarbonisierung und Digitalisierung zusammenfinden: Energie- und Effizienztechnik, industrielle IT-Lösungen mit KI, moderne Mobilitätslösungen und Zuliefererinnovationen rund um E-Mobilität. Und dennoch bin ich sicher: Der Satz „Handwerk hat goldenen Boden“ wird auch künftig gelten.

Was brauchen lokale Betriebe jetzt sofort?

Drei Dinge: Verlässliche Aufträge (die Nachfrage schwächelt), planbare Kosten (Energie, Löhne) und schnelle Entscheidungen – nicht noch eine neue Formular-Generation.

Was ist der wichtigste Standortfaktor der nächsten Jahre: Kapital, Energie oder Köpfe?

Köpfe – und zwar in Kombination mit bezahlbarer Energie. Geld findet Projekte, wenn sie gut sind. Fachkräfte und planbare Energiekosten entscheiden, ob Projekte überhaupt entstehen.



Klimaresilienz und Energiewende als Standortfaktor: Wie die Landkreise unsere Zukunft gestalten

Interview mit der Vorsitzenden des Ausschusses für Landesentwicklung und Umwelt beim Bayerischen Landkreistag, Landrätin Maria Rita Zinnecker, Ostallgäu, und dem stellv. Ausschussvorsitzenden, Landrat Dr. Alexander Legler, Aschaffenburg



*Landrätin
Maria Rita Zinnecker*



*Landrat
Dr. Alexander Legler*

Frau Zinnecker, Herr Legler – Klimawandel ist Realität. Welche konkreten Herausforderungen spüren Ihre Landkreise heute schon?

Zinnecker: Wir kämpfen täglich mit den Folgen: Hitzeperioden überfordern unsere Infrastruktur, Starkregen-Ereignisse belasten Kanalisationssysteme bis an ihre Grenzen. Das Problem ist nicht das Fehlen von Lösungsvorschlägen, sondern die Finanzierung. Der Bund darf hier nicht versäumen, Länder und (mittelbar auch) die Kommunen angemessen auszustatten. Klar muss aber auch sein, dass die Bäume nicht mehr in den Himmel wachsen.

Legler: Volle Zustimmung! Gerade in Franken kämpfen wir mit erheblichen Dürreperioden, die unsere Landwirte und Winzer auf Dauer existenziell bedrohen. An anderer Stelle explodieren die Kosten für den Hochwasserschutz. Wir brauchen keine Sonntagsreden über Klimaschutz, sondern mehr Pragmatismus, konkrete Finanzierungszusagen und am Ende Planungssicherheit. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt: Ohne auskömmliche Mittel bleiben die bestgemeinten Konzepte theoretische Übungen.

Um das Klimaanpassungsgesetz des Bundes ist es zuletzt still geworden. Ist Klimaschutz nicht mehr „en vogue“?

Zinnecker: Die vormalige Regierung hat hier überzogen. Das angesprochene Bundesgesetz ist detailver-

liebt und unverhältnismäßig. Vor allem ist es aber nicht finanziert. Ein mittlerweile leider verbreitetes Phänomen, mit dem Vollzugsbehörden zu kämpfen haben. In Bayern diskutieren wir daher eine möglichst schmale Umsetzung durch Bündelung bei den Regierungen. Wo Kommunen bereits eigene, maßgeschneiderte Konzepte entwickelt haben, müssen diese natürlich anerkannt werden. Wir sind hier in gutem Austausch. Allgemein gesprochen hat der Klimaschutz weiter Priorität, in der politischen Diskussion ist es aber wichtig, zwischen originären Klimaschutzmaßnahmen und den notwendigen Anpassungen an die Folgen des voranschreitenden Klimawandels zu unterscheiden.

Legler: Wir müssen uns ehrlich machen: Der entscheidende Punkt bleibt die Finanzierung. Der Freistaat hat Ende 2025 eine Bundesratsinitiative zur Beteiligung der Länder an den Einnahmen der CO2-Abgaben gestartet. Das ist gut so. Unsere Forderung lautet, dass auch die Kommunen beteiligt werden müssen. Unbeschadet dessen werden wir sehr zeitnah beantworten müssen, ob und wie wir die bayerischen Klimaziele erfüllen wollen. Aktuell herrscht große Verunsicherung.

Auch der „Wassercsent“ sorgt für Diskussionen. Wie sehen Sie die aktuelle Situation?

Zinnecker: Der Wassercsent ist sinnvoll – wenn er sinnvoll genutzt wird. Bayern ist hier nicht Vorreiter. Die überwiegende Anzahl der Bundesländer hat bereits eine entsprechende Abgabe. Und aus kommunaler



Sicht kann man das bayerische Ergebnis durchaus kritisch sehen. Wir Landkreise sind vor allem als Vollzugsbehörde betroffen. In den Konnexitätsverhandlungen haben wir hart gekämpft – 65.000 Euro jährlich bis 2033 im Schnitt pro Landkreis für die Digitalisierung ist ein faires Ergebnis. Auch unsere Forderung nach Einführung des Wassercents erst ab 2027 war fachlich begründet.

Legler: In der Tat, leider ist die Einführung bereits Mitte 2026 überambitioniert. Wir hatten uns aufgrund der zu erledigenden Vorarbeiten wiederholt für einen späteren Termin stark gemacht. Die erforderliche Digitalisierung braucht einfach ihre Zeit. Aktuell gibt es noch keine fertige Software, es ist alles auf Kante genährt. Der Start könnte also etwas holprig werden. Ob und inwieweit sich in den Folgejahren die politische Erwartung einer „Digitalisierungsdividende“ einstellt, müssen wir uns zu gegebener Zeit kritisch ansehen. Die vereinbarte Evaluierung wird zeigen, ob sich die Hoffnungen bewahrheiten. Bis dahin gilt: Wir machen das Beste daraus und unsere Häuser arbeiten mit Hochdruck, aber die Erwartungen müssen realistisch bleiben.

Die Energieerzeugung ist vom Wassercent ausgenommen. Gelingt so die Energiewende vor Ort? Oder wo hakt es aktuell allgemein noch?

Legler (lacht): Wärmepumpen sind eine von zahlreichen Ausnahmen beim Wassercent, ja! Und eine der sinnvolleren. Allgemein gilt: Die Energiewende steht und fällt mit der Akzeptanz vor Ort und ihre Herausforderungen sind vielschichtig. Ein entscheidender Fehler war und ist die fehlende Synchronisierung des Ausbaus der erneuerbaren Energien mit dem Netzausbau. Ohne diese Abstimmung lässt sich der erzeugte Strom nicht ins Netz einspeisen und explodieren die Netzentgelte – mit gravierenden Folgen für unsere Wirtschaft und die Akzeptanz in der Bevölkerung. Wir fordern seit Jahren eine sektorübergreifende Gesamtstrategie mit regionalisierten Ausbaukorridoren. Starre Prozentvorgaben für Windkraft, ohne Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten, führen ins Nichts.

Zinnecker: Die Erfahrung zeigt: Wo Kommunen mitentscheiden können, gibt es mehr Akzeptanz. Deshalb machen wir uns weiterhin für einen sektorübergreifenden Plan stark. Vieles ist aktuell nach wie vor Stückwerk, wie die zuletzt beschlossene Privilegierung von Batteriespeichern. Wir brauchen eine Energiewende mit und vom Bürger her, nicht gegen ihn.

Legler: Ohne Bürgerbeteiligung scheitert jedes Projekt. Wir brauchen faire Rahmenbedingungen, damit

Kommunen aktiv mitgestalten können. Wo wir unser Wort geben, kann man sich auch darauf verlassen. Im Gegenzug müssen Kommunen und ihre Regionalwerke ein Stück weit bevorzugt behandelt werden. Die aktuelle Praxis spricht leider eine andere Sprache. Mit der geplanten Abschaffung des EEG würde zudem die Finanzierungsgrundlage der Kommunen wegfallen. Das müssen wir im Blick behalten!

Auch der Artenschutz ist oft ein Streitpunkt, blockiert u.a. bei wichtigen Infrastrukturprojekten. Wie können wir hier Fortschritte machen?

Zinnecker: Vollkommen richtig. Aktuell führt der Artenschutz zu teilweise absurd Situationen. „Deutschlandtempo“ sollte nicht heißen, dass wir Jahre mit Kartierungen und vorgezogenen Ausgleichsmaßnahmen verbringen, bevor mit den tatsächlichen Baumaßnahmen begonnen werden kann. Gerade wichtige Infrastrukturprojekte müssen jetzt angegangen werden. Wir müssen national bestehende Flexibilitäten im Artenschutz nutzen und durch Initiativen auf EU-Ebene erweitern.

Aber die Problematik mit dem Wolf wurde doch geregelt? Sind Sie etwa gegen Artenschutz?

Zinnecker: Auf nationaler bzw. bayerischer Ebene befinden sich die erforderlichen Änderungen noch in der Umsetzung. Ich bin aber zuversichtlich, dass beim Wolf bald neue Regeln greifen. Wir können uns aber nicht von Art zu Art hangeln, wir brauchen strukturelle Verbesserungen. Und nein, wir sind natürlich nicht gegen Artenschutz. Wir müssen aber Mittel und Wege finden, um schneller zu werden. Dazu stehen wir beispielsweise im Austausch mit dem Bayerischen Umweltminister Thorsten Glauber und diskutieren eine gemeinsame Initiative. Die maßgeblichen Regeln werden auf europäischer bzw. auf Bundesebene gemacht.

Legler: Ich sehe keinen Widerspruch darin, für den Erhalt unserer bayerischen Naturschönheiten und gleichzeitig für mehr Tempo in den Verfahren zu streiten. Die von uns vorgeschlagene Trennung von Vorhaben und Ausgleich sowie die Einführung eines populationsbezogenen Artenschutzmanagements würde viele Verfahren beschleunigen. Das wäre effizienter, kostengünstiger und ökologisch genauso wertvoll!

Und wie stehen Sie zu den Überlegungen zur Beschränkung des Verbandsklagerecht im Umweltbereich?

Zinnecker: Das Verbandsklagerecht wird leider teilweise missbraucht, die Diskussion ist daher völlig berechtigt und lange überfällig! Es sollte nicht möglich



sein, Projekte völlig ohne örtlichen Bezug blockieren zu können. Wir brauchen eine räumliche Beschränkung: Nur Verbände, die vor Ort verwurzelt sind, sollten klagen dürfen.

Legler: Wenn man sich vor Ort einig ist und ein bundesweit agierender Verband blockiert, untergräbt das vor Ort das Vertrauen in die Demokratie. Wir müssen daher das Klagerecht reformieren – nicht abschaffen, aber sinnvoll begrenzen, sonst kommen wir vor Ort trotz aller Anstrengungen nicht voran. Die EU muss hier ihren Teil beitragen, damit wir nicht weiterhin zuschauen müssen, wie wichtige Projekte an ideologischen Grabenkämpfen scheitern. Der Bund hat angekündigt, sich diesem Thema annehmen zu wollen. Das unterstützen wir.

Anderes Thema: Kreislaufwirtschaft ist auf EU-Ebene eines der TOP-Themen 2026. Welche Rolle spielen die Landkreise?

Legler: Die Landkreise sind die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsverpflichteten. Das bedeutet, sie organisieren die Abfallwirtschaft. Und das machen sie zu jeder Zeit verlässlich und gut und als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge ohne wirtschaftliche Gewinnerzielungsabsicht, dabei immer den Schutz von Umwelt und Klima fest im Blick. Die Einbeziehung von privaten Akteuren ins System sehen wir daher kritisch. Ein Beispiel: Das Duale System wurde Anfang der 1990er Jahre geschaffen, um den Verpackungsmüll einzudämmen. Die Müllmenge ist seitdem kontinuierlich angestiegen. Das System hat sich nicht bewährt – es ist intransparent, ineffizient und bietet keinen Mehrwert für die Umwelt.

Zinnecker: Wenn wir umweltpolitisch weiterkommen wollen, dann darf der Gewinn nicht in direkter Abhängigkeit zur Abfallmenge stehen. Unsere Erfahrungen zeigen: Geteilte Zuständigkeiten führen zu höheren Kosten, mehr Bürokratie und die Kommunen werden am Ende zum Ausfallbürgen für unliebsame Aufgaben.

Was muss Europa tun, um die Kreislaufwirtschaft voranzubringen?

Zinnecker: Europa muss handeln! Echte Kreislaufwirtschaft beginnt beim Produktdesign. Das kann nur Europa regeln. Die EU-Kommission hat für 2026 ein großes Paket zur Kreislaufwirtschaft angekündigt. Wir brauchen einheitliche Standards auch für Importe aus Drittstaaten, wie China. Wegwerfprodukte, wie Einweg-E-Zigaretten oder „ultra-fast fashion“ sollten allgemein verboten werden.

Legler: Der Alttextilbereich ist ein gutes Stichwort. Hier ist die Not durch die weggebrochenen Absatzmärkte und Billigwaren aus Fernost groß. Wir hoffen, dass der Bund zügig die Vorgaben für eine erweiterte Herstellerverantwortung umsetzt. Und der Online-Handel muss unbedingt einbezogen werden. Ganz wichtig: Herstellerverantwortung bedeutet finanzielle Verantwortung, nicht Sammelzuständigkeit!

Wenn Sie Wünsche formulieren dürften, was ist Ihr grösster Wunsch an die Politik für die kommenden Jahre?

Zinnecker: Wir brauchen vor allem Entbürokratisierung! Die Verwaltungsverfahren müssen radikal vereinfacht werden. Fehlendes Personal und überbordende Bürokratie dürfen nicht als Versagen der Verwaltung wahrgenommen werden. Das schadet am Ende auch der Demokratie.

Legler: Die Politik muss auf allen Ebenen erkennen: Ohne starke Kommunen geht es nicht. In den zuvor angesprochenen Bereichen haben wir als Landkreise die Expertise, die Praxisnähe und den Willen, vor Ort akzeptierte Lösungen zu finden. Aber wir brauchen politischen Rückhalt statt ständiger neuer Vorgaben ohne Rücksicht auf deren Umsetzbarkeit und eine dauerhaft auskömmliche Finanzierung, um unsere Aufgaben weiterhin verlässlich und Lebensqualität sichern zu können. Kommunalpolitik lebt vom Gestalten und nicht vom Stillstand und Verwalten des Status Quo.

Abschließend – was möchten Sie den Leserinnen und Lesern unserer Zeitschrift mit auf den Weg geben?

Zinnecker: Wenn Sie mich so fragen: Für mich ist der ländliche Raum Zukunftsräum – wenn wir ihn lassen! Man sollte auf die Stärke der Kommunen, auf die Kraft des Miteinanders und auf die Vernunft vor Ort vertrauen. Klimaschutz, Energiewende, Kreislaufwirtschaft gelingen nicht durch Verbote und Zwänge, sondern durch intelligente Lösungen mit den Menschen vor Ort.

Legler: Bleiben Sie optimistisch! Die Herausforderungen sind groß, aber die Chancen sind größer und wir haben immer wieder bewiesen, dass wir in der Lage sind, selbst größte und so nie dagewesene Herausforderungen erfolgreich zu meistern. Wir müssen mutig sein, weiter anpacken und unsere Chancen ergreifen. Gemeinsam werden wir unsere Zukunft auch weiterhin vor Ort erfolgreich gestalten – und das macht uns Landkreise aus! Wir zeigen immer wieder: Wir können Krise, wir können Lebensqualität und wir können Zusammenhalt!



6 JAHRE - 6 ZAHLEN

AUS DEM BEZIRKSVERBAND OBERBAYERN



BEVÖLKERUNGSSTAR

Oberbayern zählt 4,8 Millionen Einwohner – 200.000 mehr als 2018 – und bleibt Bayerns bevölkerungsreichster Bezirk.



JOBSTARK

Oberbayern weist zum Jahresende 2024 eine Arbeitslosenquote von unter 4 % auf und zeigt auch im Sechsjahresvergleich einen stabilen Arbeitsmarkt.



GESUNDHEITSHELDEN

Oberbayern verfügt zum 31.12.2023 über 175 Akutkrankenhäuser. Die höchste Dichte liegt im Berchtesgadener Land.



GIPFELSTÜRMER

Die Zugspitze im Landkreis Garmisch-Partenkirchen erreicht 2.962 Meter und ist Deutschlands höchster Berg.



BAYERISCHES MEER

Der Chiemsee ist mit 80 Quadratkilometern der größte See des Freistaats und liegt vollständig im Bezirk Oberbayern.



SEILBAHNLEGENDE

Seit 1928 verbindet die Predigtstuhlbahn in Bad Reichenhall Tal und Gipfel – als älteste noch im Originalzustand betriebene Großkabinen-Seilbahn der Welt .



6 JAHRE - 6 ZAHLEN

AUS DEM BEZIRKSVERBAND NIEDERBAYERN



GRÜNDERREKORD

Niederbayern ist bayerischer Spitzenreiter bei industriellen Unternehmensgründungen: 0,580 Gründungen je 1.000 Beschäftigte – mehr als jeder andere Regierungsbezirk.



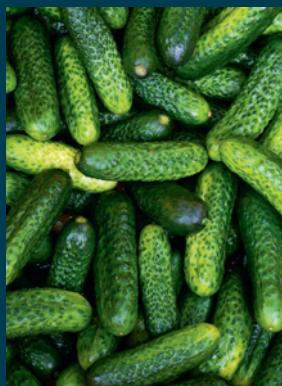
THERMENSTAR

Mit 6,5 Mio. Übernachtungen ist das Bayerische Thermenland die beliebteste Gesundheitsregion Europas (Zahlen von 2023).



BAYERWALD-HIT

Mehr als 60 Hotels mit vier oder fünf Sternen befinden sich im Bayerwald; 2023 übernachteten ca. 6,7 Mio. Menschen dort.



GEMÜSERIESE

Niederbayern ist Europas größtes Anbaugebiet für Einlegegurken und Deutschlands größtes für Speisezwiebeln, mit rund 45 % der bayerischen Freiland-Gemüseflächen.



AGRARMACHT

Niederbayern ist eine der am stärksten agrarisch geprägten Regionen Deutschlands: 84 % der Fläche gehören zur Land- oder Forstwirtschaft.



WALDGIGANT

Der Nationalpark Bayerischer Wald ist mit 249,9 km² der größte Waldnationalpark Deutschlands. Er zieht jedes Jahr 1,3 Mio. Besucher an.



6 JAHRE - 6 ZAHLEN

AUS DEM BEZIRKSVERBAND OBERPFALZ



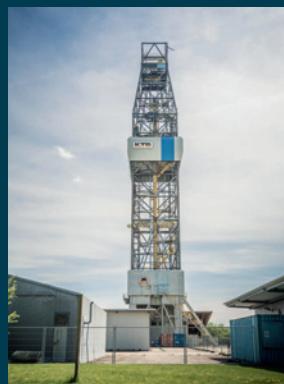
KIRWAREICH

Im Landkreis Amberg-Sulzbach werden jedes Jahr mehr als 120 Kirchweihfeste gefeiert. Die Kirwan sind sogar Immaterielles Kulturerbe.



FLEDERMAUSWUNDER

2025 wurden in Hohenburg im LK Amberg-Sulzbach 221 Jungtiere der bundesweit fast ausgestorbenen Großen Hufeisennase geboren.



GLASFASERRIESE

Der Landkreis Cham investiert die höchste Summe seiner Geschichte, 340 Mio. Euro, in eines der größten Glasfaserausbauprojekte Deutschlands.



JOBCHAMPION

Der LK Neumarkt i.d.OPf. hat mit 2,5 Prozent die niedrigste Arbeitslosenquote im Regierungsbezirk Oberpfalz.



BOHRSPITZE

Das tiefste Bohrloch Deutschlands an der Kontinentalen Tiefbohrung im LK Neustadt an der Waldnaab erreicht 9.101 Meter.



TEICHLAND

Der Landkreis Tirschenreuth ist das „Land der 1000 Teiche“: Auf 1.085 km² Fläche gibt es rund 4.700 Teiche.

6 JAHRE - 6 ZAHLEN

AUS DEM BEZIRKSVERBAND OBERFRANKEN



ERNEUERBARE ENERGIE

28,6 % des Stromverbrauchs werden durch Windkraft gedeckt.



WIRTSCHAFT

Steigerung der Anzahl von Neugründungen um 7,15 % von 2020 bis 2024



FAMILIEN

Steigerung der Kinderbetreuungsquote bei den unter 3-Jährigen von 34,11 % in 2020 auf 41,71 % in 2024



BRAUEREIDICHTE

Die Brauereidichte liegt bei 6.247 (auf eine Brauerei kommen 6.247 Einwohner) und ist damit im Vergleich zu 2020 um 2,35 % gestiegen.



BAUTÄTIGKEIT

Steigerung der insgesamt fertiggestellten Wohngebäude um 12,61 % in 2024 im Vergleich zum Jahr 2020



FUND AUS DEM WELTALL

Mit 136,4 kg wurde 2020 der größte und schwerste Meteorit Deutschlands im Landkreis Hof gefunden.



6 JAHRE - 6 ZAHLEN

AUS DEM BEZIRKSVERBAND MITTELFRANKEN



SPITZENREITER

Mit 48,4 % bietet der Landkreis Erlangen-Höchstadt die höchste Betreuungsquote für Kinder unter 3 Jahren in Bayern.



KRAFTWERK

Das Pumpspeicherwerk Happurg im Landkreis Nürnberger Land ist das größte seiner Art.



NATURSTEINLAND

Die Steinindustrie im LK Weißenburg-Gunzenhausen ist 8-mal so stark als der Bundesdurchschnitt.



FLIEGERELITE

In Roth im Landkreis Roth befindet sich die einzige Offiziersschule der Luftwaffe in Deutschland.



BAUMREICH

Bei Burgberheim im Landkreis Neustadt a.d.Aisch-Bad Windsheim liegt Europas höchste Dichte an Streuobstbäumen.



BERGSPITZE

Mit 690 m ist der Hesselberg im Landkreis Ansbach der höchste Berg Mittelfrankens und markanter Aussichtspunkt der Region.

6 JAHRE - 6 ZAHLEN

AUS DEM BEZIRKSVERBAND UNTERFRANKEN



ANZIEHUNGSKRAFT

Die Einwohnerzahl ist von 2024 bis 2025 um 24,8 % gestiegen.



STABILITÄT

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist von 2023 bis 2024 trotz äußerer Krisen nur um 0,4 % gesunken.



TOURISMUSBOOM

2024 verzeichnete die Region rd. 7,4 Millionen Gästeübernachtungen – ein Plus von 95.741 im Vergleich zum Vorjahr.



POLITIKJUWEL

Landrätin Tamara Bischof, LK Kitzingen, ist die dienstälteste Landrätin bundesweit. Sie ist seit 2000 im Amt.



KINDERREICH

2025 gibt es 1.025 Tageseinrichtungen – 18 mehr als im Vorjahr – und 66.618 betreute Kinder, ein Anstieg um 228 Plätze.



ZUVERLÄSSIGKEIT

2024 blieben die Krankenhäuser mit 38 Standorten konstant, die aufgestellten Betten gingen minimal auf 8.187 zurück.



6 JAHRE - 6 ZAHLEN

AUS DEM BEZIRKSVERBAND SCHWABEN



SONNENSPITZENREITER

2.014 Sonnenstunden verzeichnete Lindenbergs im Allgäu 2024 (Landkreis Lindau (Bodensee)).



DYNASTIELAND

Die Wittelsbacher regierten 738 Jahre Bayern. Ihr Stammsitz: Oberwittelsbach (LK Aichach-Friedberg)



ASTEROIDENERBE

Vor 15 Mio. Jahren entstand im Landkreis Donau-Ries ein gewaltiger Krater, der heutige Geopark Ries.



EINWOHNERRIESE

Der Landkreis Augsburg hat insgesamt 46 Städte, Märkte und Gemeinden und ist mit über 262.000 Einwohnern der einwohnerstärkste Landkreis Schwabens.



ZUSAMMENHALT

Über 1.300 Vereine prägen das gesellschaftliche Leben im Landkreis Unterallgäu.



FAHRRADLAND

Rund 800 km ausgeschilderte Radwege durchziehen den Landkreis Dillingen a.d. Donau.



Feier zum Start des Alpenbusses

Ministerpräsident, Landtagspräsidentin und Verkehrsminister setzen mit Landräten und Abgeordneten ein Zeichen für den ÖPNV entlang der Alpen

Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Verkehrsminister Bernreiter – sie alle haben am 1. Dezember gemeinsam mit den Landräten der Alpenbuslandkreise sowie den Abgeordneten und Bürgermeistern der Gemeinden entlang der neuen landesbedeutsamen Buslinien den Start des Alpenbusses gefeiert. Zum Fahrplanwechsel am Sonntag, 14. Dezember 2025, können erstmals Fahrgäste per Expressbus zwischen Murnau und Rosenheim pendeln.

Kurz vor der Inbetriebnahme trafen sich alle Beteiligten in der Mitte der Linie in Bad Tölz, dort wo Ost- und Westast des Alpenbusses aufeinandertreffen.

Ministerpräsident Dr. Markus Söder: „Allzeit gute Fahrt mit unserer Alpenflotte! Das ist ein Riesenschritt für modernen ÖPNV. Wir haben insgesamt gute Nord-Süd-Verbindungen, aber brauchen Verbesserungen bei West-Ost-Verbindungen. Der Alpenbus entlastet eine boomende Region beim Verkehr und spielt für den Tourismus eine bedeutende Rolle. Das Oberland steht für das gute Bayernbild in der Welt. Ich habe das Projekt von Anfang an eng begleitet. Bayern sorgt für guten Straßenausbau, aber genauso für Bus und Bahn. Die Kommunen liegen uns am Herzen: Gemeinsam sind wir das Team für Demokratie. Der Freistaat investiert massiv in Zukunft und Alltag – insbesondere in den Verkehr, in den Wohnungsbau, in Kitas und in Krankenhäuser. Mit dem kommunalen Finanzausgleich über insgesamt fast 13 Milliarden Euro spannen wir einen Schutzschild für die Kommunen.“

Landtagspräsidentin Ilse Aigner: „Mit dem Alpenbus verbinden wir, was zusammengehört. Als ehemalige Verkehrsministerin freut mich das besonders, weil ich das Vorhaben von Anfang an begleiten durfte. Ich bin heute wie damals überzeugt: Mit dem Alpenbus entstehen nicht nur zwei weitere ÖPNV-Linien. Es entsteht ein neuer Raum – der Alpenraum, der wirtschaftlich und touristisch vernetzt ist – und ab jetzt noch näher zusammenrückt.“

Verkehrsminister Christian Bernreiter: „Wir setzen heute einen wichtigen Meilenstein für den öffentlichen

Verkehr im bayerischen Alpenraum. Mit den neuen schnellen MVV-Regionalbuslinien entsteht erstmals eine West-Ost-Verbindung mit optimierten Umsteigemöglichkeiten, auf die viele Menschen seit Jahren gewartet haben. Das ist ein starkes Signal gerade mit Blick auf den ländlichen Raum: Wir meinen es ernst mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs.“

Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen: „Aufgrund des auf München ausgerichteten Verkehrs- bzw. Schienennetzes haben wir diese Querverbindung lange schmerzlich vermisst. Mit dem Alpenbus schließt sich endlich diese Lücke und die Fahrgäste können einfach, bequem und günstig durch das Voralpenland öffentlich reisen. Mein besonderer Dank gilt dem Freistaat Bayern, der dieses Projekt mit seiner kräftigen Mitfinanzierung erst möglich gemacht hat.“

Wer künftig mit dem Alpenbus fährt, nutzt den West-Ast von Murnau über Penzberg nach Bad Tölz bzw. den Ost-Ast von Bad Tölz über Gmund und Miesbach nach Rosenheim. Damit entstehen die elfte und zwölftel landesbedeutsame Buslinie in Bayern.

Am Alpenbus beteiligt sind die Stadt Rosenheim sowie die Landkreise Rosenheim, Miesbach, Bad Tölz-Wolfratshausen, Weilheim-Schongau und Garmisch-Partenkirchen. Ziel ist es, die Ost-West-Verbindung im Münchner Süden zu stärken, den Schienenverkehr auf die Landeshauptstadt zu entlasten und die Querverbindungen zu verkürzen.



Die Verbundraumerweiterung des Münchener Verkehrsverbundes (MVV) unterstützt das Vorhaben, da die beteiligten Landkreise sowie die Stadt Rosenheim bereits Mitglied sind oder zum 1. Januar 2026 beitreten. So gilt im Alpenbus ab dem neuen Jahr von Murnau bis Rosenheim ein einheitliches Ticket, ein Tarif und ein System.

Bernd Rosenbusch, Geschäftsführer des Münchener Verkehrs- und Tarifverbunds (MVV): „Wo aufgrund von Bergen, Tälern und Flüssen keine Bahn fahren kann, fährt künftig der Alpenbus! Die neuen Expressbuslinien verbinden erstmals die Regionen südlich von München, direkt und ohne den Umweg über die Großstadt – das ist vor allem für Pendlerinnen und

Pendler attraktiv, sie sparen sich Zeit und, dank des neuen 1-Zonen-Tarifs, auch Geld.“

Die Kosten werden anteilig nach Nutzwagenkilometern auf die beteiligten Aufgabenträger verteilt. Der Freistaat Bayern beteiligt sich am Betriebskostendefizit im ersten Jahr mit 65 Prozent, im zweiten Jahr mit 60 Prozent, im dritten Jahr mit 55 Prozent und ab dem vierten Jahr mit 50 Prozent.

Die Idee selbst stammt aus dem Jahr 2018, nun wird aus dem vom Landkreis Bad Tölz-Wolfratshausen koordinierten Projekt Realität. Mit dem Alpenbus entsteht eine wichtige Verkehrsachse quer zu den Alpen, die den öffentlichen Nahverkehr im Alpenraum deutlich verbessert und die Mobilitätswende voranbringt.



V.l.: Anton Speer, Landrat des Landkreises Garmisch-Partenkirchen, Andrea Jochner-Weiß, Landrätin des Landkreises Weilheim-Schongau, Verkehrsminister Christian Bernreiter, Ministerpräsident Dr. Markus Söder, Josef Niedermaier, Landrat des Landkreises Bad Tölz-Wolfratshausen, Landtagspräsidentin Ilse Aigner, Olaf von Löwis, Landrat des Landkreises Miesbach, Otto Lederer, Landrat des Landkreises Rosenheim, Andreas März, Oberbürgermeister der Stadt Rosenheim und Bernd Rosenbusch, Geschäftsführer des MVV
 (Foto: LRA Bad Tölz-Wolfratshausen)

Alpenbus – Antworten auf die wichtigsten Fragen

Was ist der Alpenbus?

Der Alpenbus verbindet die Region zwischen Murnau und Rosenheim, über einen Ost- und einen Westast, welche sich in Bad Tölz treffen. Auf der Strecke verkehren insgesamt drei neue ExpressBus-Linien: Der Bus X380 pendelt zwischen Bad Tölz und Rosenheim, die X381 zwischen Bad Tölz und Miesbach bzw. Gmund und die X990 zwischen Murnau und Bad Tölz.



Wie oft fährt der Alpenbus?

Der Alpenbus fährt im 60-Minuten-Takt täglich von Montag bis Sonntag sowie auch an Feiertagen.

Wo finde ich die Fahrpläne?

Auf www.mvv-muenchen.de/alpenbus, in der MVV-App oder über die Fahrplanauskunft unter <https://efa.mvv-muenchen.de/>.

Was kostet die Fahrt mit dem Alpenbus?

Es gilt der MVV-Tarif. Beim ExpressBus zählt der Kurzstreckentarif nur für zwei Haltestellen (statt vier beim normalen MVV-Regionalbus). Beispiel: Eine Fahrt von Rosenheim nach Miesbach kostet mit der Streifenkarte nur 1,87 € dank des neuen 1-Zonen-Tarifs.

Ist der Bus barrierefrei?

Ja. Alle Fahrzeuge sind barrierefrei zugänglich.

Gibt es WLAN und USB-Anschlüsse im Bus?

Ja. Alle ExpressBusse sind mit WLAN und USB-Anschlüssen ausgestattet.

Wo kann ich Tickets für den Alpenbus kaufen?

An allen MVV-Verkaufsstellen, direkt im Bus beim Fahrpersonal oder ganz bequem über die MVV-App. Auch MVV-Zeitkarten, MVV-Abos und das Deutschlandticket gelten.

Welche Orte werden verbunden?

Die Linien X380, X381 und X990 verbinden u. a. Murnau, Penzberg, Bad Heilbrunn, Bad Tölz, Gmund, Agatharied, Miesbach, Bad Feilnbach und Rosenheim.

Was ist der Unterschied zum normalen Regionalbus?

ExpressBusse halten nur an wichtigen Umsteigepunkten, sind dadurch schneller und bieten mehr Komfort.

Kann ich mein Fahrrad mitnehmen?

Nein. Fahrräder sind nicht erlaubt – ausgenommen Kleinkindfahrräder bis 12,5 Zoll und zusammengeklappte Faltfahrräder.

Gilt mein MVV-Ticket auch für den Alpenbus?

Ja. Der Alpenbus fährt im MVV-Tarif. Daher gelten auch MVV-Zeitkarten, MVV-Abos und das Deutschlandticket.

Wie informiere ich mich über Abfahrtszeiten oder Störungen?

Aktuelle Infos gibt es in der MVV-App oder über die Fahrplanauskunft unter <https://efa.mvv-muenchen.de/>.

Kann ich MVVswipe für den Alpenbus nutzen?

Ja, und das wird sogar empfohlen. MVVswipe berechnet automatisch den günstigsten Preis auf Tagesbasis – ganz ohne Tarifzonenkenntnis. Günstig wie eine Streifenkarte, flexibel wie eine Tageskarte. Mit MVVswipe hat man immer das passende Ticket parat.

Gibt es Umsteigemöglichkeiten zum Regionalzug?

Ja. In Murnau, Penzberg, Bad Tölz, Gmund, Agatharied, Miesbach und Rosenheim – mit abgestimmten Fahrplänen.

Fährt der Alpenbus auch am Wochenende?

Ja. Auch samstags, sonntags und an Feiertagen im 60-Minuten-Takt. Die ersten Fahrten starten am Wochenende ein bis zwei Stunden später.

Wie komme ich von Murnau nach Miesbach oder Rosenheim?

Ein Umstieg ist am Bahnhof in Bad Tölz möglich. Von dort gelangt man mit kurzen Wartezeiten entweder direkt mit der Linie X380 nach Rosenheim oder mit der Linie X381 auf dem schnellsten Weg nach Miesbach, wo ein Anschluss an die X380 nach Rosenheim besteht.

(LRA Bad Tölz-Wolfratshausen)



Bevölkerungsschutz-Übung der Gemeinden Ampfing und Mettenheim – Landrat Max Heimerl:

„Die Übung hat gezeigt, wie wichtig gute Vorbereitung, funktionierende Kommunikationswege und belastbare Notfallstrukturen sind.“

Ein flächendeckender Stromausfall ist längst kein hypothetisches Szenario mehr. Politische Spannungen, Cyber-Angriffe und überlastete Stromnetze erhöhen die Gefahr. Um den Ernstfall zu proben, führte der Landkreis Mühldorf a. Inn zusammen mit den Gemeinden Ampfing und Mettenheim eine Bevölkerungsschutz-Übung durch. Getestet wurden unter anderem die Funktionsfähigkeit der kommunalen SOS-Punkte, die Notstromversorgung und die Krisenkommunikation bei einem sogenannten Brownout – also einer im Vorfeld bekannten Spannungsabsenkung im Stromnetz.



Lagebesprechung im Krisenstab im Rathaus in Ampfing

Das Szenario der Übung: Eine Cyber-Attacke auf die IT-Systeme eines lokalen Stromversorgungsunternehmens führt zu geplanten Stromabschaltungen im gesamten Landkreis. Die Gemeinden wurden deshalb angewiesen, ihre SOS-Punkte in Betriebsbereitschaft zu versetzen. SOS-Punkte sind kommunale Einrichtungen, die im Fall von umfassenden Schadenslagen meist in gemeindlichen Gebäuden eingerichtet werden und notstromversorgt sind. Die Bevölkerung erhält dort Informationen zur Lage, medizinische Basisversorgung und kann Hilfe anfordern. Ebenso besteht dort die Möglichkeit die Akkus aufzuladen und sich ggf. zu wärmen. Aufgrund des drohenden Zusammenbruchs der

üblichen Telekommunikation musste zudem die Kommunikation über Satellitenfunk und BOS-Funk getestet werden.

Bereits am Vormittag nahm der Krisenstab des Landratsamtes seine Arbeit auf und informierte die Gemeinden über den drohenden Stromausfall am frühen Abend. Parallel dazu begannen Ampfing und Mettenheim damit, ihre jeweiligen Krisenstäbe einzuberufen und die Notfallmaßnahmen abzuarbeiten. In Mettenheim entstand der SOS-Punkt am Kulturhof, in Ampfing ist dafür das Schulzentrum vorgesehen.

In den Rathäusern arbeiteten die Krisenstäbe jeweils an vier Schwerpunkten: am Betrieb des SOS-Punktes, an der Sicherung der kritischen Infrastruktur wie z.B. der Wasser- und Abwasserversorgung, an der Krisenkommunikation sowie an der Funktionsfähigkeit der eigenen Stabsstruktur.

Ampfings Bürgermeister Josef Grundner nannte die Brownout-Übung einen „wichtigen Gradmesser, inwieweit wir einem derartigen Szenario gewachsen sind“. Und

Landrat Max Heimerl zog nach Übungsende ein positives Fazit: „Es gibt keine hundertprozentige Sicherheit. Aber wir haben heute gesehen, dass diese beiden Gemeinden im Landkreis bereits gut aufgestellt sind. Die Übung hat gezeigt, wie wichtig gute Vorbereitung, funktionierende Kommunikationswege und belastbare Notfallstrukturen sind.“ Zugleich erinnerte der Landrat an die Mithilfe und Eigenvorsorge aller Bürgerinnen und Bürger: „Ein wirksamer Bevölkerungsschutz lebt nicht allein von Behörden und Einsatzkräften – er braucht die Mithilfe und Eigenvorsorge jedes Einzelnen.“



Lagebesprechung im Krisenstab im Rathaus in Mettenheim

weiter: „Die Erkenntnis, dass sowohl unsere Investitionen im Bereich der Anschaffung von Stromerzeugern als auch der generelle Aufbau der SOS-Punkte ihre Wirkung voll erzielen, und die Erfahrung, dass jeder Einzelne im Krisenstab seine Zuständigkeit nun noch besser kennt, geben mir das beruhigende Gefühl, für den Ernstfall gut gerüstet zu sein. Herzlichen Dank an mein großartiges Team und an alle Beteiligten aus dem Landratsamt Mühldorf für die hervorragende Zusammenarbeit.“

Für Mettenheims Bürgermeister Josef Eisner war die Übung auch ein wichtiges Zeichen für die Bevölkerung: „Die Bürgerinnen und Bürger sollen sehen, dass wir sinnvoll in die Notfallversorgung investiert haben und uns kontinuierlich vorbereiten. Rathaus, Kulturhof und Schule stehen im Ernstfall bereit.“ Klar sei aber auch, dass die Gemeinde nicht alles leisten kann. „Auch die Privathaushalte sollten natürlich entsprechend vorbereitet sein.“

Derzeit sind alle Städte und Gemeinden im Landkreis Mühldorf a. Inn dazu aufgerufen, sich mit der Planung ihrer SOS-Punkte für den Krisenfall zu rüsten. Nach der Analyse und Auswertung der Übung werden die Erkenntnisse deshalb allen Kommunen im Landkreis Mühldorf a. Inn zur Verfügung gestellt.

Für Bürgerinnen und Bürger hat das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) Informationen und Tipps zusammengestellt, wie man sich privat auf einen möglichen Stromausfall vorbereiten kann: www.bbk.bund.de/DE/Warnung-Vorsorge/Vorsorge/Stromausfall/stromausfall_node.html

(LRA Mühldorf a. Inn)



Zum Dank für die Teilnahme an der Übung überreichten Landrat Max Heimerl (zweiter von rechts) und Florian Seemann, Technischer Leiter Katastrophenschutz (zweiter von links), Notfallrationen an die Bürgermeister Josef Eisner (Mettenheim, links) und Josef Grundner (Ampfing, rechts).



Landrat Sailer: „Wir brauchen ein Hochwasserschutz-Gesamtkonzept. Der Freistaat muss endlich handeln“

Anliegerkommunen besprechen Herausforderungen vor Ort

Im Landratsamt Augsburg haben sich kürzlich Vertretende der an der Schmutter gelegenen Kommunen getroffen, um über die Herausforderungen des Hochwasserschutzes, eine mögliche Kostenverteilung und die rechtlichen Rahmenbedingungen zu beraten. Landrat Martin Sailer hatte die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister eingeladen, um die nächsten Schritte für einen verbesserten, überörtlich abgestimmten Schutz vor Hochwassergefahren zu definieren.

Zwar erlaubt die aktuelle Rechtslage in Bayern, Beiträge oder Vorschüsse für Hochwasserschutzmaßnahmen von unmittelbar Begünstigten zu erheben. In der Praxis übernehmen jedoch die Gemeinden bei kommunalen wie auch staatlichen Hochwasserschutzprojekten häufig freiwillig die Kostenanteile. Zusätzlich erschwert wird die Situation dadurch, dass der Freistaat in einigen Fällen aufgrund eines vermeintlich geringen Schadenspotenzials keine Finanzierung vorsieht – weshalb konkrete Schutzmaßnahmen bislang nicht geplant werden.

Um diese Einschätzung zu überprüfen, soll nun ein externes Fachbüro beauftragt werden. Es soll klären, ob ein integrales Gesamtkonzept für den Hochwasserschutz an der Schmutter sinnvoll und förderfähig ist:

„Nur wenn wir gemeinsam ein schlüssiges Konzept vorlegen, das zeigt, welche Maßnahmen notwendig sind, können wir den Freistaat zum Handeln bewegen“, betonte Landrat Sailer.

Dringender Appell an die Staatsregierung

Bereits im Vorfeld hatte Landrat Sailer in einem Schreiben an Ministerpräsident Dr. Markus Söder gefordert, dass der Freistaat Bayern die Verantwortung für ein übergreifendes Hochwasserschutzkonzept übernimmt und dessen Finanzierung sicherstellt.

„Unsere Gemeinden stehen finanziell mit dem Rücken zur Wand“, so Sailer. „Der Freistaat muss investieren. Wir brauchen Gesamtkonzepte, damit wir die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger bei zukünftigen Hochwassereignissen langfristig gewährleisten können!“



Landrat Martin Sailer hat kürzlich Vertreterinnen und Vertreter der an der Schmutter anliegenden Gemeinden eingeladen, um über Vorteilsberechnung und mögliche Kostenaufteilung bei kommunalen Hochwasserschutzmaßnahmen zu sprechen.
(Foto: Julia Pietsch)

Die betroffenen Kommunen wollen nun geschlossen die weiteren Schritte vorbereiten – fachlich fundiert, regional abgestimmt und mit klarer Erwartungshaltung gegenüber dem Freistaat.

„Unser Ziel ist ein nachhaltiger, wirkungsvoller Hochwasserschutz für die gesamte Region“, schloss der Landrat.

(LRA Augsburg)

Regionale Zukunftsstrategie: „Aufbruch jetzt! Niederbayern“ – Niederbayerns Landräte und Oberbürgermeister übergeben den Abschlussbericht an Ministerpräsident Dr. Markus Söder



Der Abschlussbericht wurde an Ministerpräsident Dr. Markus Söder übergeben.

Die gemeinsame Initiative „Aufbruch jetzt! Niederbayern“, ein Zusammenschluss aller niederbayerischen Landkreise und kreisfreien Städte zur Erarbeitung einer Zukunftsstrategie für die Region, fand mit der Übergabe des finalen Berichts an Ministerpräsident Dr. Markus Söder Ende Oktober seinen offiziellen Abschluss. Mehr als 400 Expertinnen und Experten aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, Verwaltung und Wissenschaft erarbeiteten in zwölf Themenfeldern Maßnahmen und Forderungen, um die Zukunftsfähigkeit und Resilienz der Region Niederbayern sichern zu können. Ergänzt wird das Werk durch Analysen und wissenschaftliche Untersuchungen der Deenst GmbH und des ifo Instituts.

Der Landkreis Dingolfing-Landau leitete in dem Prozess unter Vorsitz des Landrats Werner Bumeder die Arbeitsgruppe zum Thema „Land- und Forstwirtschaft, regionale Wirtschaftskreisläufe“.

Nicht nur der Ministerpräsident zeigte sich beeindruckt von dieser Initiative. Ein starkes Signal der Zusammenarbeit und Geschlossenheit der Region!

(LRA Dingolfing-Landau)



Arbeitsmarktintegration als Chance: Wie der Joblotse Brücken baut

Zwischenbilanz eines Erfolgsmodells: 100 Vermittlungen in 1,5 Jahren – Die Integration von Geflüchteten und Zugewanderten in den regionalen Arbeitsmarkt zählt zu den wichtigsten Zukunftsaufgaben im Landkreis Kulmbach – und bietet zugleich eine große Chance für die heimische Wirtschaft.

Um Betriebe gezielt bei der Gewinnung neuer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu unterstützen und arbeitsuchende Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund nachhaltig zu begleiten, wurde vor rund einerinhalb Jahren, von Landrat Klaus Peter Söllner initiiert, die Stelle des „Joblotzen“ am Landratsamt geschaffen.

In Kooperation mit der Industrie- und Handelskammer Oberfranken sowie der Handwerkskammer für Oberfranken ist damit eine zentrale Schnittstelle entstanden, die Unternehmen und potenzielle Fachkräfte erfolgreich zusammenbringt.



Joblotzin Souzan Nicholson

Die bisherige Bilanz kann sich sehen lassen: Seit Aufnahme ihrer Tätigkeit am 15. Juli 2024 hat Joblotzin Souzan Nicholson in Zusammenarbeit mit IHK und HWK bereits rund 100 Personen in Arbeit vermittelt – ein Ergebnis, das zeigt, welches Potenzial in der gezielten Arbeitsmarktintegration liegt und wie sehr Betriebe wie auch Gesellschaft davon profitieren.

Bei einer Informationsveranstaltung wurden nun erste Ergebnisse vorgestellt, positive Beispiele aus der Praxis geteilt und im Rahmen eines moderierten „Speed Datings“ neue Kontakte zwischen Unternehmen und arbeitssuchenden Zugewanderten ermöglicht.

Welche Erfahrungen der Landkreis bisher mit dem Modell „Joblotse“ gemacht hat, welche Faktoren für gelingende Vermittlungen entscheidend sind und wie es mit dem Projekt weitergeht – darüber spricht Souzan Nicholson im folgenden Interview.

Frau Nicholson, der Landkreis Kulmbach hat die Stelle des „Joblotzen“ geschaffen, warum?

Deutschland erlebt seit einigen Jahren eine stetig steigende Zuwanderung – für unsere regionale Wirtschaft ist das eine große Chance. Viele Unternehmen in Oberfranken suchen dringend Fachkräfte und sind offen dafür, Menschen mit Flucht- oder Migrationshintergrund einzustellen. Gleichzeitig möchten viele Zugewanderte in Deutschland beruflich Fuß fassen. Unsere Erfahrung zeigt: Wenn man diese beiden Seiten zusammenbringt, entstehen nachhaltige Integrations- und Beschäftigungserfolge. Genau hier setzt der Joblotse an.

Wie sieht Ihre Arbeit konkret aus?

Ich verstehe mich als Vermittlerin zwischen Betrieben und Zugewanderten. Auf der einen Seite berate ich Unternehmen, die motivierte Mitarbeitende suchen. Auf der anderen Seite begleite ich Geflüchtete und Migrantinnen bzw. Migranten, die Arbeit suchen, bei allen praktischen Fragen rund um den Arbeitsmarkt. Ziel ist, dass beide Seiten zueinanderfinden – und zwar so, dass es möglichst langfristig passt. Seit meinem Start am 15. Juli 2024 konnten wir bereits rund 100 Menschen erfolgreich in Arbeit vermitteln. Das sind nicht nur Zahlen – dahinter stehen persönliche Erfolgsgeschichten.



Gibt es dahingehend Beispiele?

Ja, zum Beispiel Ahmad H. Er arbeitet inzwischen in der Gastronomie des Schlosses Thurnau und hat dort sehr schnell gezeigt, dass Engagement und Zuverlässigkeit wichtiger sind als perfekte Deutschkenntnisse. Ein weiteres Beispiel ist die Firma Schüler & Co. KG, die zwei Asylbewerbern eine Chance im Textilbereich gegeben hat. Beide Seiten sind sehr zufrieden – das sind genau die Erfolgsmomente, die zeigen, dass Integration funktionieren kann.

Die Aufgaben des Joblotsen sind umfangreich. Gibt es Stellen, die Sie dabei unterstützen?

Eine erfolgreiche Vermittlung gelingt nur durch gute Zusammenarbeit. Neben der Industrie- und Handelskammer Oberfranken, der Handwerkskammer für Oberfranken und den Betrieben spielen viele Akteure eine wichtige Rolle, wie z. B. unsere Betreiber der dezentralen Unterkünfte, die Asylbewerber von Beginn an betreuen, die ehrenamtlichen Integrationsbegleiterinnen und -begleiter, die sich tagtäglich für Integration einsetzen, und die Flüchtlings- und Integrationsberatung, die bei den Vorbereitungen auf die Arbeitswelt unterstützt. Nur gemeinsam können wir diese Prozesse erfolgreich gestalten.

Wie ist Ihre Einschätzung nach rund 1,5 Jahren – funktioniert das Modell?

Das Modell funktioniert. Wir sehen, dass Betriebe, die sich auf dieses Potenzial einlassen, motivierte und zu-

verlässige Mitarbeitende gewinnen. Gleichzeitig finden viele Zugewanderte über die Arbeit ihren Platz in der Gesellschaft. Integration über Beschäftigung ist einer der erfolgreichsten Wege – und das merken wir hier in Kulmbach sehr deutlich.

Neben dem Joblotse gibt es im Landratsamt auch den Fachbereich Migration, Unterbringung und Integration. Welche Aufgaben sind dort angesiedelt? Der Fachbereich fungiert als zentrale Koordinierungsstelle für alle Themen rund um Integration. Wir organisieren jährlich Veranstaltungen wie die Interkulturelle Woche, Integrationsfachtagungen und verschiedene Netzwerktreffen. Es geht uns darum, Integration als gesamtgesellschaftliche Aufgabe zu verstehen – mit Bildung, Arbeit, Ehrenamt und Begegnung. Der Joblotse ist dabei ein wichtiger, praxisnaher Baustein.



Was wünschen Sie sich in Ihrer Tätigkeit für die Zukunft?

Ich wünsche mir, dass noch mehr Unternehmen in der Region die Chancen erkennen, die Zuwanderung bietet. Integration gelingt am besten durch Begegnung – und Arbeit ist eine der stärksten Formen davon. Wenn wir gemeinsam daran arbeiten, profitieren alle: die Menschen, die Betriebe und unsere gesamte Region.

(LRA Kulmbach)



Erstes Treffen des Unterfränkischen Weiterbildungsverbundes Pädiatrie: Mehr Kinder- und Jugendärzte für Unterfranken gewinnen

Ein neuer Schulterschluss für die kinderärztliche Versorgung in Unterfranken: Der im vergangenen März gegründete „Pädiatrische Weiterbildungsverbund Unterfranken“ traf sich am 19. November 2025 erstmals zum fachlichen Austausch in der Universitätsklinik Würzburg. Mit dabei war auch Tanja Amersbach von der Gesundheitsregion^{plus} Main-Spessart.

„Mit dem Verbund wird eine qualitativ hochwertige, lückenlose Weiterbildung innerhalb Unterfrankens ermöglicht. So tragen wir zur Sicherung der fachärztlichen Versorgung in Kliniken und Praxen der Region bei. Auch in Main-Spessart gehen in den nächsten Jahren einige Kinderärzte in den Ruhestand. Vom Weiterbildungsverbund erhoffen wir uns, dass gerade ländliche Praxen an Attraktivität gewinnen und die künftigen Fachärztinnen und Fachärzte motiviert werden, sich hier niederzulassen oder in bestehende Praxisstrukturen einzusteigen“, erklärt Tanja Amersbach. Sie freut sich, dass auch zwei Kinderarztpraxen aus Main-Spessart beim neuen Verbund mitmachen.

Neue Weiterbildungsverordnung: Angehende Fachärzte müssen verstärkt in Kinderarztpraxen arbeiten

Die neue Weiterbildungsverordnung hat den Anteil ambulanter Inhalte merklich erhöht, was eine enge Zusammenarbeit der Kliniken und niedergelassenen Kinderarztpraxen erfordert. Auf Initiative der Gesundheitsregionen^{plus} Unterfrankens und in Kooperation mit PaedNetz Unterfranken sowie der Koordinierungsstelle

für fachärztliche Weiterbildung (KoStF) entstand deshalb die Idee eines regionalen Verbunds. Nach einem ersten Online-Austausch im Februar 2023 und mehreren abgestimmten Treffen bildeten die Initiatoren zusammen mit den vier unterfränkischen Kinderkliniken sowie den niedergelassenen Kinderärztinnen und -ärzten aus der Region im Frühjahr dieses Jahres den jetzt offiziell bestehenden Verbund. Als Ansprechpartner im niedergelassenen Bereich fungiert Dr. Behdjati-Lindner vom MVZ für Kinder- und Jugendmedizin Haßberge; er leitete auch die Veranstaltung vor Ort.

Beim ersten Treffen im Hörsaal der Kinderklinik standen neben organisatorischen Absprachen zwei fachliche Programmpunkte im Fokus: Dr. Anja Hauth referierte zum Thema Kopfschmerzen bei Kindern, anschließend besprach Prof. Härtel Kopfschmerzfälle aus dem stationären Bereich. Die gemeinsame Diskussion diente dem Austausch bewährter Versorgungsstrategien und der konkreten Verbesserung der Behandlungsqualität über Klinik- und Praxisgrenzen hinweg.

(LRA Main-Spessart)

„Einfach machen“ Landrat Ben Schwarz bekommt auf dem Deutschen Schulträgerkongress in Düsseldorf viel Lob für seine Beiträge

Von Petra Schoplocher, Pressesprecherin des Landkreises Roth

Der Anspruch war hoch: Nichts Geringeres als die Schule der Zukunft sollte an diesen Messestagen neu gedacht werden – zumindest laut dem Titel des Schulträger- und Schulleiter-Kongresses in Düsseldorf. Ganz sicher also ein Ritterschlag, dass Landrat Ben Schwarz als Teilnehmer eines Diskussionsforums einen Beitrag dazu leisten durfte.

So saß neben ihm unter anderem der Thüringische Staatssekretär im Bildungsministerium, Dr. Bernd Uwe Althaus, der Schwarz mehrfach zustimmte. Unter anderem zur Forderung, „mehr Mut zu haben, Dinge anzupacken“. Seiner Erfahrung nach sei man in Deutschland viel zu sehr versucht, Gründe zu suchen, warum etwas nicht funktioniere, statt lösungsorientiert Wege zu finden, damit es funktioniere. Eine Erkenntnis, die ihm nicht nur, aber im Besonderen im Bildungsbereich begegne.

Mit „Lernräume der Zukunft“ war die Gesprächsrunde überschrieben, in der Ben Schwarz als Sachaufwands träger gefragt war. Die Schulleiter vertrat Ulrike Hölzel aus Hersbruck, Dr. Alfons Frey, Leiter des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung, brachte diesen Bereich ein. Für die Schulaufsicht war Joachim Schnabel aus dem Landkreis Nürnberger Land gekommen. Der nahm eine Doppelrolle ein, hat er doch in Schnaittach ein „Muster-Klassenzimmer“ konzipiert, das Lehren und Lernen in der Gruppe und individuell



Auf dem Podium (von rechts): Moderatorin Vera Kraft, Staatssekretär Dr. Bernd Uwe Althaus (Thüringen), Joachim Schnabel, fachlicher Leiter des Schulamts im Landkreis Nürnberger Land, Ulrike Hölzel, Rektorin der Grete-Schickedanz-Grundschule Hersbruck, der Rother Landrat Ben Schwarz und Dr. Alfons Frey, Leiter des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung



Schwarz wies auf ein anderes Hindernis hin. „Wir reiben uns zwischen Zuständigkeiten auf“, führte er vor Augen.

mit verschiedenen Methoden möglich macht, das gleichermaßen Rückzugsbereiche und Kreativzonen bietet. Und, ganz entscheidend, auch im Bestand realisiert werden kann.

Denn eine Zahl, die Schnabel mitgebracht hatte: Nur ein Drittel aller deutschen Klassenzimmer seien neu oder renoviert. In Zeiten knapper Kassen „müssen wir uns dann wohl mit dem arrangieren, was wir haben“. In Schnaittach waren dies vergleichsweise „einfache“ Maßnahmen zu Licht, Ambiente, Akustik. Sein Ansatz: Schule als Lebensraum sehen. Für Dr. Alfons Frey ist das „Muster-Klassenzimmer“ ein großer Wurf, „im Grunde müsste das eine Wallfahrtsstätte für Schulen aus ganz Bayern werden“.



V.l.: Vera Kraft, Ben Schwarz, Joachim Schnabel, Dr. Bernd Uwe Althaus, Ulrike Hözel, Dr. Alfons Frey

Die finanzielle Situation der Kommunen war auch eines der Themen, die Ben Schwarz nach Düsseldorf mitgebracht hatte. Umso mehr müssten Ressourcen bestmöglich eingesetzt werden. Die finanziellen Engpässe würden durch den Rechtsanspruch auf einen Ganztagsgesetzverschärfen, sensibilisierte er. Der würde auf Bundesebene ausgerufen, bezahlen müssten aber „die Kleinen“.

Wieder Beispiel Ganztags: Im Gegensatz zu anderen Ländern unterstützen in Bayern Schule, Hort, Mittagsbetreuung, offener und gebundener Ganztag unterschiedlichen Kompetenzen und Ministerien.



Staatssekretär Dr. Bernd Uwe Althaus stimmte Ben Schwarz zu, als dieser „mehr Luft zum Gestalten“ forderte. „Man darf uns durchaus etwas zutrauen.“ Mut sei aber auch an anderer Stelle gefragt. „Wir müssen offen sein für neue Konzepte und pragmatische Lösungen.“ Entscheidend wäre zudem eine bessere Verzahnung. „Dass sich jeder eigenständig Lösungen erarbeitet, werden wir schlüssig nicht finanzieren können.“ Joachim Schnabel stimmte zu: Allein in seinem Schulamtsbezirk würden 27 Gemeinden diskutieren.

Bernd Uwe Althaus unterstützte den Aufruf des Rother Landrats. „Haben wir doch mal den Mut, uns auf den Weg zu machen.“ Der gelernte Physik- und Mathematiklehrer und frühere Schulleiter brachte das Beispiel Estland ein, das seinen Bildungsplan auf drei Seiten festgeschrieben hätte. Im Gegensatz dazu stamme die Schulbauförderungsrichtlinie in seinem Land aus dem Jahr 1996.

Ulrike Hözel konnte Schwarz' Wunsch, den Entscheidungsträgern mehr Ermessen und Spielräume zu geben, unterschreiben. So dürfte sie zwar für ihren Neubau, der in fünf Jahren in Betrieb gehen soll, moderne und alternative Lernmittel anschaffen, nicht aber jetzt – dabei sei ein sanfter Übergang doch essentiell „und ich muss mein Kollegium doch mitnehmen“. Nicht das einzige Beispiel.



Reger Austausch: Der Kongress war die beste Gelegenheit, ins Gespräch zu kommen. Landrat Ben Schwarz nutzte dies unter anderem am Stand des Bundesbildungssministeriums, um sich für die wertvolle Unterstützung „seines“ Bildungsbüros zu bedanken, das nicht zuletzt deshalb tolle Arbeit leisten könne.

Zu den Bauzeiten merkte Ben Schwarz an, dass sich Planungen oft überholen würden. Mit der Folge, dass „wir baulich so wenig wie möglich fixieren, sondern Gebäude möglichst flexibel gestalten sollten.“

Dr. Alfons Frey brachte einen weiteren Gedanken ein, der allen sehr gut gefiel. Lernräume sollten doch nicht nur auf das Schulgebäude begrenzt sein. Die Gärtnerei oder Schreinerei um die Ecke, der metallverarbeitende Betrieb: Warum nicht dort „lernen“?

Das hätte einen weiteren Vorteil. Immer mehr Kinder verbringen – Stichwort Ganztag – mehr Zeit in der Schule als zuhause. Man könne sich ausmalen, wenn dann nur ein „Standard-Raum“ zur Verfügung stehe. „Wir müssen uns da was einfallen lassen“, waren sich alle Diskussionsteilnehmer einig. Landrat Ben Schwarz bekräftigte: „Wir müssen Lernräume ganzheitlicher denken.“ (LRA Roth)

Heimat nachhaltig fördern Jugendliche gestalten bei „Sag wAS“ ihre Zukunft in Ammerthal

Wie sieht die ideale Heimat für junge Menschen aus? Welche Wünsche haben die 12- bis 18-Jährigen vor Ort? Antworten auf diese Fragen liefert das Projekt „Sag wAS“ der Kommunalen Jugendarbeit (KoJa) des Landkreises Amberg-Sulzbach und des Kreisjugendrings (KJR). „Das Projekt „Sag wAS“ hat es sich zur Aufgabe gemacht, Jugendliche aktiv in kommunalpolitische Entscheidungsprozesse einzubeziehen“, betont Anita Kinscher von der KoJa. Nun machte die Veranstaltungsreihe Halt in der Gemeinde Ammerthal, mit großer Beteiligung und wertvollen Ergebnissen.

Insgesamt 36 Jugendliche im Alter von 12 bis 18 Jahre folgten der Einladung der Kommunalen Jugendarbeit und des Kreisjugendrings in Zusammenarbeit mit der Gemeinde und nahmen an den Gruppen-Workshops teil. Gemeinsam sammelten sie Ideen, äußerten Wünsche und sprachen offen über Herausforderungen, die ihren Alltag betreffen: Ein Jugendtreff, der Raum für Begegnung, Freizeit und Gemeinschaft bieten soll, ein

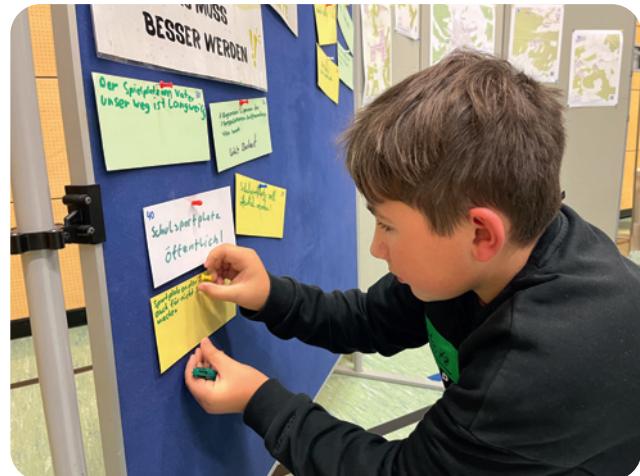
Skatepark oder eine bessere Busverbindung nach Amberg waren drei Wünsche, die die Jugendlichen an diesem Abend äußerten, auch gegenüber Bürgermeister Anton Peter und Gemeinderäten. Diese nutzten die Gelegenheit der abschließenden Gesprächsrunde, um direkt auf Anliegen der Jugendlichen einzugehen, Perspektiven zu erklären und gemeinsam über mögliche Umsetzungsschritte zu sprechen.



In Workshops brachten die Jugendlichen Ideen ein und diskutierten anschließend mit dem Bürgermeister und den Gemeinderäten.

Der Ammerthalter Bürgermeister Anton Peter zeigte sich anschließend sehr zufrieden mit der Veranstaltung: Das Feedback der Jugendlichen sei wertvoll und zeige klar, welche Themen ihnen am Herzen liegen. Die Gemeinde nehme die Vorschläge ernst und wolle prüfen, was sich zeitnah realisieren lasse.

Das Projekt „Sag wAS“ bietet den Kommunen die Chance, die Bleibeperspektive junger Menschen zu



Moritz pinnt einen Wunsch an die Wand.

stärken, ihre Heimat aktiv mitzustalten und den Austausch zwischen Jugend und Politik nachhaltig zu fördern.

In Ammerthal wurde deutlich: Wenn Jugendliche gefragt werden, haben sie viel zu sagen – und vor allem viele Ideen für die Zukunft ihres Heimatortes.

(LRA Amberg-Sulzbach)



Anita Kinscher mit Bürgermeister und Gemeinderäten

Geburtstage



Landrat **Ben Schwarz** hat am 9. Januar seinen 50. Geburtstag gefeiert. Bereits vor seiner erstmaligen Wahl zum Landrat des Landkreises Roth 2023 war Ben Schwarz viele Jahre kommunalpolitisch aktiv. So engagierte er sich u.a. von 2008 bis 2011 als Gemeinderat in Georgensmünd, von 2011 bis 2023 als Erster Bürgermeister der Gemeinde Georgensmünd und war von 2014 bis 2023 Mitglied des Kreistags Roth. Beim Bayerischen Landkreistag bringt sich Landrat Schwarz aktiv in den Fachausschüssen für Recht und Bildung sowie für Finanzen und Sparkassen ein. Bevor er sich auch im Hauptberuf der Kommunalpolitik gewidmet hat, war Ben Schwarz als Rechtsanwalt tätig und lehrte ab 2009 als Lehrbeauftragter für Gesundheits-, Arbeits- und Ausbildungsrecht an der SRH Wilhelm Löhe Hochschule Fürth.



Am 28. Januar feierte Landrat **Thomas Bold** seinen 65. Geburtstag. Bold engagiert sich bereits seit fast vier Jahrzehnten kommunalpolitisch: Von 1990 bis 1996 war er Gemeinderat in Wartmannsroth, von 1990 bis 2002 Kreisrat, davon sechs Jahre Fraktionsgeschäftsführer, vier Jahre stellvertretender Fraktionsvorsitzender und zwei Jahre Fraktionsvorsitzender. Zwischen 1996 und 2002 war Thomas Bold Erster Bürgermeister der Gemeinde Wartmannsroth, bevor er 2002 erstmals zum Landrat des Landkreises Bad Kissingen gewählt wurde. Beim Bayerischen Landkreistag bringt sich Landrat Bold seit 2003 aktiv im Landesausschuss ein. Seit 2013 ist er Mitglied im Ausschuss für Finanzen und Sparkassen. Zuvor war er von 2002 bis 2013 engagiertes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Verkehr. Bevor Landrat Bold sich auch hauptberuflich der Kommunalpolitik verschrieben hat, war er u.a. fast zwei Jahrzehnte im Polizeidienst tätig.



Bildquellen

- S. 33: Bevölkerungsstar: Leitenstorfer
Jobstark: AdobeStock_471130075
Gesundheitshelden: Leitenstorfer
Gipfelstürmer: Wöls
Bayerisches Meer: AdobeStock_129540929
Seilbahnlegende: Wöls
- S. 34: Gründerrekord: Janno Nivergall Pixabay
Thermenstar: Tourismusverband Ostbayern Thomas Linkel
Bayerwald-Hit: Jagdhof, jbimage.de
Gemüseriese: Lukas Jancicka from Pixabay
Agrarmacht: Michael Rackl Woidlife Photography
Waldfigant: Annabell Gsodl
- S. 35: Kirwareich: Mike Radowsky
Fledermauswunder: Rudolf Leitl
Jobchampion: Martina Beierl
Bohrspitze: Thomas Kujat
Teichland: Matthias Kunz
- S. 36: Erneuerbare Energie: Landkreis Hof
Wirtschaft: drobotdean/freepik.com
Familien: Landkreis Hof
Brauereidichte: Landkreis Hof
Bautätigkeit: Landkreis Hof
Fund aus dem Weltall: Landkreis Hof
- S. 37: Spitzenreiter: Sunny_studio_Fotolia.com
Natursteinland: Schotter- u. Steinwerk Weißenburg GmbH & Co. KG
Baumreich: Florian Trykowski
Bergspitze: AdobeStock_353717434_Benny
- S. 38: Anziehungskraft: Dominik Schreiner
Stabilität: Mario Schmitt
Tourismusboom: Moni Göhr
Politikjuwel: Manuel Reger
Kinderreich: Günther Geiling
Zuverlässigkeit: Nicole Grasmann
- S. 39: Sonnenspitzenreiter: Frederik Sams
Dynastieland: Beate Haas
Asteroidenerbe: E. Pelcer
Einwohneriese: Christian Pitz
Zusammenhalt: LRA Unterallgäu Eva Büchele
Fahrradland: Fouad Vollmer



Der Bayerische Landkreistag ist einer der vier Kommunalen Spitzenverbände in Bayern.

Neben dem Bayerischen Landkreistag sind dies der Bayerische Gemeindetag, der Bayerische Städtetag und der Bayerische Bezirkstag. Die 71 bayerischen Landkreise haben sich freiwillig zu diesem Kommunalen Spitzenverband zusammengeschlossen, der gleichzeitig eine Körperschaft des öffentlichen Rechts mit Dienstherreneigenschaft ist. Wesentliches Ziel des Bayerischen Landkreistags ist es, die kommunale Selbstverwaltung auf der Kreisebene zu sichern und zu stärken: Nach außen, insbesondere gegenüber dem Gesetzgeber und den Ministerien, werden die gemeinsamen Interessen der bayerischen Landkreise vertreten, nach innen werden die Mitglieder informiert und beraten.



Bayerischer Landkreistag

Kardinal-Döpfner-Straße 8 - 80333 München
Telefon: +49 (0) 89/286615-0 - Telefax: +49 (0) 89/282821
info@bay-landkreistag.de - www.bay-landkreistag.de